

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Geschieht Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postleitzetteltono Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum im Auflösungs-  
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile über deren Raum im amüsanten Teile 4 M.  
unter Eingeschlossen 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.

Schluss der Annahme vormitig 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Belegungsliste der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabjektus  
der Landes-Brandversicherungsbank, Berlaufliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgezielten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voenges in Dresden.

Nr. 117

Dienstag, 24. Mai

1921

## Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden durch den Staat.

Dem Landtag ist die Vorlage Nr. 51, betreffend Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden, zugegangen, aus der folgendes hervorgehoben sei:

Eine ganze Anzahl von Gemeinden trifft die gegenwärtige Not in besonders schwieriger Lage, weil sie bereits durch die Vergangenheit mit schweren Schulden belastet sind. Eine große Zahl von Gemeinden und namentlich auch eine große Zahl von Dörfern verfügen über durch die Kriegswirtschaft in großer Weise neue Schulden erworben worden. Bei einer Anzahl von Gemeinden wird es sich bei dieser Schuldenlast nur um eine Kreditnot handeln. Sie können die Schulden entweder nicht oder nur unter drückender Belastung in langfristige, tragbare Schulden verwandeln. Namentlich für die kleinen Gemeinden ist die Kreditbeschaffung oft schwierig. Die großen Gemeinden haben mit Erfolg in letzter Zeit den Zug der Hilfe befreit. Für die mittleren Gemeinden sind die Dörferhauptsiedlungen schon seit langem der Landwirtschaftliche Kreditverein, der Erblandwirtschaftliche Kreditverein, die Ländliche Bank der Oberlausitz und in geringem Umfang die Kommunalbank; seit ihrem Entstehen in neuerer Zeit vor allem aber die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden. Diese Institute sind in neuerer Zeit mit der Kreditgewährung an die Gemeinden vorzüglicher geworden. Staatsauskunftsmitteilungen darüber für die Kapitalbeschaffung nicht zur Verfügung. Es wäre aber zu begrüßen, wenn die Regierung für solche Fälle ein Kredit eröffnet würde, um das Schuldenwesen so notleidender Gemeinden zu sanieren. Im allgemeinen wird es genügen, dass die Hilfeleistung bei der Kapitalbeschaffung durch Übernahme der einfachen Bürgschaft des Staates für das Darlehen gewährt wird. Es wird Wert darauf zu legen sein, dass die Geldbeschaffung erst auf Grund der Bürgschaftsbewilligung erfolgt. Denn erst, wenn die Bürgschaft übernommen ist, werden die Gemeinden das Geld zu billigen Zinsen bekommen. Das Aufbringen von barem Staatsmittel soll die Ausnahme bilden. Nur für den unumstößlichen Fall, dass die Bürgschaft nicht genügen sollte, oder wenn der Staat aus irgendwelchen Gründen die Angabe eigener Mittel der Übernahme der Bürgschaft voreilt, müsste auch das Kapital durch Staatsmittel aufgebracht werden. Der Ausschuss für die Verwaltung des Ausgleichsfonds war einstimmig der Ansicht, dass die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Kreditgewährung an notleidende Gemeinden, sei es durch Bürgschaftsübernahme oder Darlehensgewährung, unbedingt erforderlich sei, um zu einer Befriedung der Gemeindesituations zu kommen. Das Finanzministerium hat die Übernahme der Gewähr für Zinsen und Tilgung durch den Ausgleichsfonds ausdrücklich zur Bedingung für seine Zustimmung gemacht. Auch dürfte es zweckmäßig sein, dass die gesamte umfassende Absolution für die notleidenden Gemeinden vom Ministerium des Innern in Gemeinschaft mit dem Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichsfonds noch einheitlichem System geregelt wird. Dafür, dass der Kredit von den Gemeinden nicht in ungebräuchlicher Weise in Anspruch genommen wird, dürfte namentlich dadurch gejagt sein, dass die Verwaltung des Ausgleichsfonds nur in dringlichen Fällen die Bürgschaft für die Tilgung und Verzinsung auf sich nehmen wird, und weiter, dass dabei, wie bei Gewährung der Bürgschaft durch den Staat für das Kapital die Gemeinden und Bezirksoberhäupter sich Bedingungen werden unterwerfen müssen, die der Regierung eine sichere Einschätzung auf die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben einschließlich der zu erhebenden Steuern sicher. Die Übernahme der Bürgschaft selbst soll auf Antrag des Ministeriums des Innern vom Finanzministerium ausgesprochen werden, dem auch die Entscheidung im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern darüber zusteht, ob ausnahmsweise statt der Bürgschaft Staatsmittel gegeben werden und welche Bedingungen hinsichtlich Verzinsung und Tilgung usw. für die Aufnahme des Darlehens mit Hilfe der Bürgschaft des Staates zu stellen sind.

Auf Grund von Artikel 45 der Verfassung wird der Landtag um seine Zustimmung gebeten:

dass die Regierung zur Hilfeleistung für notleidende Gemeinden und Bezirksoberhäupter Staatsmittel bis zur Höhe von 100 Mill. M. in Anspruch nimmt, wobei die Hilfe durch Übernahme der Bürgschaft und nur ausnahmsweise durch unmittelbare Darlehensgabe zu gewähren sein wird, wenn die Verwaltung des Ausgleichsfonds

## Die Verbandsmächte und Oberschlesien.

### Die britische Note an Frankreich.

London, 23. Mai. „Daily Express“ meldet aus Paris: „Wir inquinierter politischen Kreisen verlautet, über die lezte britische Note an Frankreich betreffend Oberschlesien noch Kritik an der französischen Politik besonders wegen des Mangels an Energie der französischen Truppen. Die Note weist auch auf den Unterschied zwischen den italienischen und französischen Verlusten hin.“

### Die britische öffentliche Meinung.

London, 23. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt: Wenn die Bevölkerung Frankreichs, dass eine Unterwerfung durch den Verbandmästzen den Verhandlungen des Obersten Rates vorangegangen sollte, erfüllt würde, dann werde die Zusammenkunft des Obersten Rates niemals stattfinden. Die nächsten 14 Tage werden entscheidend sein. Jetzt, da Lloyd George den Zug niedergelegt habe, müsse er auch feststellen, wenn er nicht haben wolle, doch er und England in den Angelegenheiten der Welt fallen seien. Lloyd George habe niemals die britische öffentliche Meinung geschlossen hinter sich gehabt als in der oberschlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Überzeugung zeigten, so werde die Entente ein totter Buchstabe sein. „Observer“ findet die Behauptung absurd, dass Lloyd George, als er von neuen und alten Freundschaften sprach, an ein deutsch-englisches Bündnis gedacht habe.

### Polnischer Übergriff.

Berlin, 23. Mai. Die polnischen Behörden haben sich gegenüber der deutschen Gesandtschaft in Warschau Übergriffe zuschulden kommen lassen,

dem Staat gegenüber Gewähr für Zinsen und Tilgung übernimmt, gleichviel ob der Staat das Darlehen selbst gibt oder nur bürgt.

Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit und der Kritik einzelner Gemeinden und Bezirksverbände wird außerdem um Beschleunigung der Verabschiedung dieser Vorlage gebeten.

### Die zweite Frist.

Berlin, 22. Mai. Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der deutschen Regierung von der Kontrollkommission zur Ausführung des Ultimatums gestellt worden war. Die Kommission hatte verlangt, dass in Zukunft jede Förderung von Waffen und anderem Heeresmaterial verboten sei, soll ohne vorherige Genehmigung der Kommission. Die zu diesem Zweck gegebenen Bescheide sollten sich auch auf das Material beziehen, das sich im Besitz der Reichswehr befindet. Das Reichswehrministerium hat einen dichten Forderungen entsprechenden Beschluss am 19. Mai erlassen. Die Anweisungen an die Reichswehrhandelsfirma sind vom Reichswehrministerium am 21. Mai ergangen.

### Der Annaberg genommen.

Berlin, 23. Mai. Den Morgenblättern zufolge wurde in einem umhüllenden Vorstoß von Krappitz und Rosel aus unter englischer und deutscher Führung von Abteilungen des deutschen Selbstschutzes der Annaberg genommen, der höchste Punkt in Oberschlesien. Drei Wochen lang war der Annaberg, ein berühmtes Wallfahrtsort, von den Polen besetzt und mit Artillerie bedeckt worden. Es beherrschte das Land weit hinaus und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinién. Die Polen wurden vollkommen geworfen und verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberges der strategische Punkt Großstein genommen. Die Polen verloren hier zwei Minenwerfer und sieben schwere Maschinengewehre.

### Österreichs Anschlusswillige Privatsache.

Prag, 22. Mai. Wie das Tschechoslowakische Pressebüro erhält, hat das Ministerium für austro-türkische Angelegenheiten bei der hiesigen österreichischen Gesandtschaft in Angelegenheit der An-

die sowohl im Widerspruch mit den internationalen Gegebenheiten wie mit dem Recht der Extraterritorialität stehen. Seit längerer Zeit wurde die Gesandtschaft von polnischen Geheimpolitikern überwacht. Man scheute selbst nicht davor zurück, die Telephongespräche der Gesandtschaft abzuhören und die unteren Angestellten über das Tun und Treiben des Gesandten auszuholen. Der deutsche Gesandtschafter in Warschau Dr. v. Ditschen sah sich daher gezwungen, bei dem polnischen Außenminister gegen dieses die Würde der Gesandtschaft auf das äußerste verleidende Verhalten der polnischen Behörden energisch zu protestieren und Maßnahmen zur Sicherung der Extraterritorialität des Gesandtschafts zu verlangen. Auch bei dem polnischen Gesandtschafter in Berlin sind, wie wir hören, seitens der Reichsregierung Schritte in dieser Richtung unternommen worden.

### Forderungen der oberschlesischen Eisenbahner.

Oppeln, 23. Mai. Die Eisenbahndienststellen in Oppeln haben eine Bekanntmachung erlassen, die sich gegen die Mitteilung der interalliierten Kommission richtet. In dieser Bekanntmachung wird besonders die Unlöslichkeit gezeichnet, die bei der Führung der Lebensmittelzüge herrscht. In einer Befragung legten die Eisenbahner für die Führung der Züge folgende Bedingungen vor: 1. Beförderung bei Tage und bei ungewöhnlicher Sicherheit, in der Nacht, wenn entsprechende Befreiung in Frage kommt, 2. Beförderung nur nach vorheriger Revision durch eine gemischte Kommission.

schlagsabstimmung, die im Österreich stattfinden soll, einen Schritt unternommen und angefragt, was der Gesandtschaft von der Volksabstimmung bekannt ist und welchen Standpunkt die österreichische Regierung zu derselben einnimmt. Der Vertreter der österreichischen Republik teilte mit, dass die Regierung der österreichischen Republik die Aktion als ein Privatunternehmen betrachte, an dem die österreichischen Behörden in keiner Weise beteiligt sind.

### Dr. Rosen Reichsminister des Auswärtigen.

Berlin, 23. Mai. Zum Reichsminister des Auswärtigen ist der Gesandte im Hong Dr. Rosen ernannt worden.

### Die Landtagswahlen in Tirol.

Innsbruck, 23. Mai. Bei den gestrigen Landtagswahlen wurden in Nordtirol für die Tiroler Volkspartei 57958, für die Großdeutsche Volkspartei 12698, die Sozialdemokraten 24739, die Nationalsozialisten 12727 und für die Gruppe der Kriegsopfer 475 Stimmen abgegeben. Es stehen noch 14 Gemeinden aus.

### Smuts über das Bündnis mit Japan.

Kapstadt, 23. Mai. Wie gemeldet wird, erklärte Smuts mit Bezug auf das Bündnis mit Japan, dass überzeugende Ziel Großbritanniens müsse sein ein vollständiges Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Keine Erneuerung des Bündnisses mit Japan müsse stattfinden, bevor die Vereinigten Staaten sich davon überzeugt hätten, dass ein solches Abkommen keine leinerlei Gefährdung der amerikanischen Interessen nach sich ziehen würde.

### Erledigtes Reichstagmandat.

Leipzig, 22. Mai. Das Reichstagmandat des Klempnermeisters Wilhelm Tuch ist durch Tod erloschen. Er gehörte der Deutschen Volkspartei an. An seine Stelle tritt Landgerichtsrat Dr. Wunderlich, der bekannte Vorsitzende des Leipziger Bürgerausschusses und Führer der Leipziger Zeitschriften.

### Der oberschlesische Aufruhr.

Seit länger als drei Wochen währt nun das oberschlesische Chaos. Im Angesicht der interalliierten Kommission hat sich der polnische Stab in Oberschlesien sehr gemacht und hält die gesamte deutsche Bevölkerung in Schach. Auf den Dörfern machen die Polen unmissverständlich, in den Städten machen sie ihren Einfluss durch die Beschränkung der notwendigen Lebensmittelzufuhr vom Lande geltend. Deutsche Männer und Frauen werden mishandelt und getötet, deutscher Kulturbesitz wird von den polnischen Horden vernichtet, ein reiches, blühendes Land ist dem Wüten roher, von nationaler Leidenschaft geprägten Banden preiszugeben. Alles dies geschieht, wie gesagt, unter Augen der interalliierten Kommission, die als Bevollmächtigte der Siegerstaaten die Aufgabe übernommen hat, Ruhe und Ordnung in Oberschlesien aufrechtzuerhalten. Die interalliierte Kommission steht ganz unter französischem Einfluss. General Verdon ist der unmissverständliche Herrscher der Zone. Nur mit seiner Unterstützung oder wenigstens Duldung sind die empörenden Vorgänge möglich geworden, die das geprüfte Land jetzt in Fesseln halten. Auf Grund des Verfaßten Friedensvertrages halten es unsere Gegner übernommen, bis zur endgültigen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens die friedliche Verwaltung des Landes durchzuführen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Schon vor der Abstimmung am 20. März hatte die deutsche Regierung wiederholt bestimmt, sich bei dem Obersten Rat über die Parteilichkeit der interalliierten Kommission in Oppeln zu beschweren. Alle Proteste blieben unverhohlen, obgleich ihnen durch die Stellungnahme der englischen und italienischen Mitglieder der Kommission ein noch bedeutenderes Gewicht verliehen wurde. Heute weiß die ganze Welt, dass die deutschen Klagen über die einseitige Behandlung der oberschlesischen Frage durch Frankreich nur allzu begründet sind, und dass die interalliierte Kommission ihrer durch den Friedensvertrag verbrieften Aufgabe in schlechter Weise gereicht wird. Selbst Lloyd George, ein Mann, den Deutschland wahnsinnig nicht zu seinen Freunden rechnen kann, hat seiner Entrüstung über die polnische Willkür Ausdruck verliehen, sodass es zu einem destruktiven Meinungsgegenstand zwischen der Bündner und der Brixner Regierung gekommen ist. Trotzdem ist bis zum heutigen Tage noch nichts geschehen, um dem empörenden Tun der polnischen Intriganten Einhalt zu tun. Einstweilen ist noch nicht sicher, ob Brixen der englischen Anregung zu einer Oberschlesien-Konferenz Folge geben wird. Aber selbst eine solche Ausehrung zwischen Brixen und Lloyd George würde fürs erste kaum eine Entscheidung bringen, die den standhaften Bündnen in Oberschlesien ein Ende bereitet. Es bedarf eines über das Deutschtum hinausgehenden Ruhes von Selbstüberwindung und Verantwortungsgefüll, wenn die Deutschen in Oberschlesien bisher auf Selbsthilfe verzichtet haben und im Vertrauen auf die Autorität der Entente Redaktionnahmen der letzteren nicht vorzutreten wünschten. Dieses Vertrauen in die Parteilichkeit und Energie der interalliierten Kommission wird allerdings von Tag zu Tag auf eine dämmrige Probe gestellt. Das Bündnen und Rauben, Rückschauen und Morden nimmt ungekost seinen Fortgang und wird deßhalb schwimmer, weil, nachdem der Warschauer Regierung und nach ihr ebenfalls ihre Verbündete mit dem polnischen Aufstande gefloht ist, haben die polnischen Banden auf seine Haustür verbrechentlich Handwerk betrieben.

So kann es nicht weitergehen. Die Herren in London und Paris müssen nunmehr mit aller Energie auf ihre Verantwortung hingewiesen werden, die es unter keinen Umständen zu lassen darf, dass Friedliche Bürger wie in Bildwest dem Wüten roher Horden ausgesetzt werden. Es müssen endlich Mittel und Wege gefunden werden, die diesen schwer leidenden Menschen Redaktionnahmen der letzteren nicht vorzutragen wünschen. Dieses Vertrauen in die Parteilichkeit und Energie der interalliierten Kommission wird allerdings von Tag zu Tag auf eine dämmrige Probe gestellt. Das Bündnen und Rauben, Rückschauen und Morden nimmt ungekost seinen Fortgang und wird deßhalb schwimmer, weil, nachdem der Warschauer Regierung und nach ihr ebenfalls ihre Verbündete mit dem polnischen Aufstande gefloht ist, haben die polnischen Banden auf seine Haustür verbrechentlich Handwerk betrieben.

### Die Wiederaufbaufrage.

Berlin, 22. Mai. Im Wiederaufbauministerium sind eine Besprechung der beteiligten Reichsbüros mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Stand der Wiederaufbaufrage statt. Der Vertreter des Wiederaufbauministeriums, bei der

Kriegslohnkommission in Paris, Wolf, erhielt die Bericht über eine mit dem französischen Minister Louchard in dieser Angelegenheit gehabte persönliche Besprechung. Es wurde mitgeteilt, daß Louchard auf das in der deutschen Reparationsnote enthaltene Angebot der deutschen Regierung auf Lieferung von 25.000 provisorischen Häusern insoweit eingegangen sei, als er sich bereits erklärt habe, über die Lieferung von 25.000 Daueraufhäusern zu verhandeln, zugleich habe er die sofortige Entsendung von Sachverständigen erbeten. Die Sachverständigen werden bereits in den nächsten Tagen nach Paris abreisen. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß Minister Louchard sich grundsätzlich mit der Ausweitung eines Abschnitts in den zerstörten Gebieten an Deutschland einverstanden erklärt habe, in dem Deutschland die erforderlichen Hoch- und Tiefbauten und die Aufbauarbeiten ausführen könne. Das Wiederaufbauministerium ist sofort mit dem Reichswirtschaftsrat wegen Benennung der Sachverständigen in Verbindung getreten, deren Aufgabe es sein wird, die Besichtigung des von französischer Seite noch näher zu bezeichnenen Gebietsteils vorzunehmen und die ersten grundsätzlichen Verhandlungen mit der Gegenpartei zu führen.

### Deutsche Note über die Kohlennot.

Berlin, 21. Mai. Die deutsche Kriegslohnkommission in Paris hat der Reparationskommission folgende Note übergeben:

Seit Ausbruch des Kriegs in Oberschlesien im Anfang Mai hat Deutschland von dort aus keine Kohle mehr erhalten. Die Kohlenfrage in den östlichen Landesteilen Deutschlands wird dadurch von Tag zu Tag unholzner. Der Eisenbahnbetrieb, namentlich der Kleinbahnbetrieb, hat eingeschränkt werden müssen. Zahlreiche Gasanstalten stehen vor der Betriebsentstehung. Die aus dem Westen vorgenommenen Auskühlbelehrungen können das Erleben selbst von wichtigsten Betrieben nur noch wenige Tage aufhalten. Auf einigen oberschlesischen Gruben wird zeitweilig etwas gefördert. Diese geringen Mengen werden aber auf Anordnung der Leiter des Auslands teils nach Polen, teils nach Ungarn, der Tschecho-Slowakei und den von den Auführern besetzten Teilen Oberschlesiens abgeführt. Deutschland erhält bisher keinen Centner oberschlesischer Kohle und muß sogar den von Auführern freien Teilen Oberschlesiens mit niederschlesischer Kohle ausstellen. Dieser Zustand stellt nicht nur eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft dar, sondern widerspricht auch den Zusicherungen, welche die alliierten und sozialistischen Regierungen im Friedensvertrag von Versailles Deutschland gegeben haben. Die deutsche Regierung muß daher dringend ersuchen, daß der interalliierte Plebiszitkommission die erforderlichen Weisungen erteilen, um die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, welche die Wiederaufnahme der Kohlentransporte nach Deutschland ermöglichen.

### Grust der Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 21. Mai. Infolge der Verhölung der Telegraphen- und Fernsprechstationen durch die Insurgenten ist die Nachrichtenübermittlung aus den großen Industriestädten des Bentzkeviets, jenseitig sie noch nicht von den Auführern besetzt sind, unmöglich geworden.

Ich gemacht worden. Heute gelang es dem deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbancic, Oppeln zu erreichen. Der deutsche Plebiszitkommissar erhielt der interalliierten Kommission einen eingehenden Bericht, der den ungeheuren Ernst der Lage widergespiegelt. Die belagerten Städte sind aus schlimmster Bedrohung. Es bestätigt sich, daß der Stadt Katowitz seit dem 20. Mai abends 6 Uhr durch die polnischen Auführer die Verhölung mit Wasser und Licht ununterbrochen gemacht werden. Nach den eingehenden Berichten über den Vorfall der Polen bei Kosau ist einwandfrei festgestellt worden, daß der größte Teil der Auführer über die politische Grenze gekommen ist. Die deutschen Verteidiger mußten vorerst zurückweichen, es gelang aber später, den Ort von den polnischen Einheiten wieder zu säubern, die wieder über die Grenze zurückkehrten. Die polnischen Militärpolizisten an der Grenze haben die Angreifer ungehindert durchgelassen und haben ebenso auch die Rückweichenden an der Überschreitung der Grenze nicht gehindert. Die auf oberschlesischem Boden festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie im Lager Kruszwica bei Posen zur Teilnahme am oberschlesischen Aufstand angeschickt worden seien. Die Ausbildung sei von einem französischen Major geleitet worden. Nach erfolglosen Versuchen der Insurgenten in der Gegend von Kruszwica wurden diese heute gewungen, mehrere von ihnen bisher besetzte Orte zu räumen. Die Aufständler mißteten einige Geschüsse, mehrere Maschinengewehre und andere Waffen zurücklassen.

### Schwere Kämpfe bei Roseberg.

Oppeln, 22. Mai. Aus den Kreisen Kreuzburg und Roseberg wird überwiegend von beiden Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verbündete haben bereits die Grenze überschritten. Auch Waffenbeschüsse sind erfolgt. Es ist heute zu schweren Kämpfen in der Gegend von Roseberg gekommen. Nach den dichten Meldungen müssten die Aufständischen vorerst Albrechtsdorf, Altroseberg und Lwowitsch verlassen. Bei Bogolin im Kreis Großstrehlitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Bogolin wurden grauenhaft zugestellte Leichen deutscher Soldaten aufgefunden. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert.

### Gegen die Anwerbung von Freiwilligen für Oberschlesien.

Berlin, 22. Mai. Das Auswärtige Amt hat auf die Note der interalliierten Militärlontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Oberschlesien eine Antwort erteilt, in der es heißt: „Die Deutsche Regierung teilt vollkommen mit in Ihrer Note vom 14. Mai ausgedrückte Aussicht, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von „Freikorps“ oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigefügten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegneten.“ Aus vorher hatte der Reichsminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu hindern sei, um das Wiederanfeuern des Freikorpswesens im Keime zu unterdrücken. Den in diesen Kundgebungen ausgeprochenen Grundlagen entsprechend, werden die deutschen Verbündeten mit großer Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammenschlüsse vorgehen. Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angehalten, von den angezögten Befürmungen des Strafgesetzbuchs unmissachtig Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in

denen Werbeinserate erscheinen. In Süden, in denen sich unzählige weise angewandte freiwillige bereit zu Freiwilligen zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Nur den Zugang von Freiwilligen zu solchen Zwecken nach Oberschlesien zu verbiedern, sind Maßnahmen im Gang, durch welche die Grenze des Abstimmungsgebietes für sie gewertet werden soll.

### Französische Note über Oberschlesien.

Paris, 22. Mai. Nach einer Vorabmeldung hat der französische Botschafter in London gestern abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich verschärft. Die Grenze zwischen den französischen Militärpolizisten an der Grenze haben die Angreifer ungehindert durchgelassen und haben ebenso auch die Rückweichenden an der Überschreitung der Grenze nicht gehindert. Die auf oberschlesischem Boden festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie im Lager Kruszwica bei Posen zur Teilnahme am oberschlesischen Aufstand angeschickt worden seien. Die Ausbildung sei von einem französischen Major geleitet worden. Nach erfolglosen Versuchen der Insurgenten in der Gegend von Kruszwica wurden diese heute gewungen, mehrere von ihnen bisher besetzte Orte zu räumen. Die Aufständler mißteten einige Geschüsse, mehrere Maschinengewehre und andere Waffen zurücklassen.

### Einmarsch der Reichswehr für Polen der Kriegsfall.

DA, Paris, 22. Mai. „Chicago Tribune“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung erklärt, daß der Einmarsch deutscher Reichswehr in Oberschlesien für Polen den Frieden bedeutet würde. Zwei Jahrzehnte der polnischen Heeresreserve bleiben neben der älteren Armee in erhöhte Bereitschaft stehend, da man in Warschau beschließt, daß deutsche Streitkräfte, ernannt durch Stand Georges Niede, in das oberschlesische Gebiet einzumarschieren würden. Diese Bevölkerungen Warschau sind hofflos, nachdem die deutsche Regierung unmissverständlich ihren Willen bekannt hat, sich jeglichen Einzelkämpfern in Oberschlesien zu enthalten und den Münzen die Verantwortung für die Wiederaufstellung gesuchter Zustände im Aufstandsgebiet zu überlassen.

### Keine Abberufung de Marinis.

Rom, 23. Mai. Die Legazia Stefani überreicht der Nachricht, daß General de Marinis aus Oppeln abberufen werden soll. Dieser besitzt vielleicht das volle Vertrauen der Regierung und werde auf seinem Poste bleiben.

### Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Prag, 22. Mai. Heute fand hier ein Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. In einer Enthaltung erklärte sich die Sozialdemokratie grundsätzlich für eine parlamentarische gegen eine Diktaturregierung. Sie verzerrt sich nicht, die Verantwortung für die Geschichte der Republik zu übernehmen, kann aber mit den bürgerlichen Parteien solange eine gemeinsame Regierung bilden, als diese nicht den berechtigten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des tschechischen Volkes und den nationalen Forderungen der deutschen und mährischen Bourgeoisie Rechnung trage. Sollten die bürgerlichen Parteien in ihrem Widerstand verharren, so werde die Sozialdemokratie Neuwahlen vorziehen. In einer Enthaltung wird das Ve-

bauere Karlsruhe ausgesprochen, daß mit der Zeitnahme der deutschen Sozialdemokratie an eine fundamentalistische Regierung zuzeit nicht gerechnet werden könnte.

### Der Wiederaufbau in Frankreich.

Paris, 22. Mai. Das Komitee für den Wiederaufbau, das die CGT eingesetzt hatte, um eine Organisation zu schaffen, die den Wiederaufbau fördert, wird nunmehr in den östlichen und nördlichen Departements 30 öffentliche Versammlungen veranstalten, um die Bevölkerung aufzuklären, daß den Delegierten übertrogene Mandat zu bestätigen. Der Ministerpräsident wird am Mittwoch die Leitung des Komitees breiten werden.

### Staatsstreich in Lissabon.

Paris, 22. Mai. Davas meldet aus Lissabon vom 22. d. R.: Präsident Almeida setzte seine Verhandlungen mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen und mit den nachgezogenen politischen Persönlichkeiten fort, um ein neues Ministerium zu bilden. Marinedetachement bewachten die Ministerien. Die Unzufriedenheit gegen das proklamierte Ministerium hat sich in Kundgebungen gezeigt, die jedoch einen friedlichen Charakter behielten. Man sprach von der Möglichkeit einer Auflösung des Parlaments. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet: Es scheint sich in Lissabon ein Staatsstreich vollzogen zu haben. Der Monarchie sei es durch Überzeugung gelungen, alle Kabinettsmitglieder festzunehmen. Ein zweites Telegramm der „Daily Mail“ aus Lissabon besagt, die Rebellen, die die Nacht auf Sporto ontanen, hätten erklärt, am Sonnabend sei mit Unterstützung militärischer Elemente unter dem Beifall von Machado de Sousa ein Aufstand ausgebrochen. Der Premierminister Bernardo Machado und alle Minister seien verhaftet worden. Die Bewegung werde von den monarchistischen Elementen unterstützt.

### Rüttiritt der Regierung von Angora.

Konstantinopel, 21. Mai. Ein Telegramm aus Angora meldet, daß der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der interimsliche Minister des Äußeren Teja Pojka die Demission des Ministeriums infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Anfang der nationalen Verteidigung eingereicht haben. Die Nationalversammlung hat die geschätzten Minister erachtet, die laufenden Geschäfte zu erledigen, bis andere Minister gewählt seien. Telegramm aus Angora teilen mit, die Nationalversammlung habe den General Rofel-Poja zum Präsidenten des Rates der Kommission und Jafet Kemal Bey, den Chef der kemalistischen Abteilung in Moskau, zum Kommissar für öffentliche Angelegenheiten ernannt. Nach einer Kundgebung wird aus Konstantinopel berichtet, daß es in den Straßen von Angora zu Schlägereien gekommen sein soll, wobei der General Rourti, der Vordermann Eroğlu Pojka, getötet worden sein soll. Mehrere Personen seien gehängt worden.

### Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

— Die heute eingegangene Nr. 53 des Reichsgebotssblattes enthält das Gesetz, betreffend die vorläufige Neuauflistung des Ortsflächenverzeichnisses.

dem Lungen, Verdauungswegen und Nervensystem gefährdet; wahrscheinlich liegen dabei Störungen des inneren Drüsensystems vor. Sicher spielt eine große Rolle mangelnde Hygiene der Wohnung. Zur Behandlung gehört Diätetik, Frischluft. Solange die Radix frisch ist, kann sie mit größter Wahrscheinlichkeit durch Bekämpfung mit Salbenpflanze geheilt werden. Zur gleichen Zeit kann man die krämischen Knoblauch gerade ziehen, später sind sie nur auf operativen Wege klug oder unklug gerade zu ziehen. Schätzende und nach einem guten Hellplan durchgeführte Behandlung vermag zahllose Nachteile vor Verkrüppelung und Gewebedehnerung zu bewahren. Der dritte Tag brachte Versprechen über zahnärztliche Untersuchungen.

**Litteratur.** Zur Eröffnung der Sommerperiode des Bochumer Stadtkonservatoriums hatte Willy Schweigkofl die deutsche Uraufführung des dreiklangigen Lustspiels „Das durchige Kamel“ von Björn Björnson gehabt. Der moderne sonnige Stil spricht von drohigen Gefahren und Verhüllungen, jedoch man seine heile Freude an dem Verlust der Entwicklung des Kindes hat. Das Publikum zeigte sich äußerst angeregt und beifallsfreudig.

— „Der geborene Verbrecher“, eine „Tragödie des genialen Menschen“ von Paul Du Ryen, handelt bei ihrer Uraufführung fastes Interesse beim Publikum des Bonner Stadtkonservatoriums.

— Aus Weimar wird berichtet: Die vierjährige Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft wurde von dem ersten Vizepräsidenten der Gesellschaft, Wiel. Sch. Rat Dr. Bärtlein, eröffnet. Er mahnte zunächst dem Krieg verhinderten Präsidenten der Gesellschaft, dem Herrn A. Weinhaber, warme und herzliche Worte des Gedankens und der Wiedergabe. Mit starken Worten schloß er dann die sicherstehenden Friedens-Zuhörer der Gegenwart und ließ seine Hoffnung auf die Zukunft, so auf die innere Erneuerung. Allen Gewalten zum Trost wird und muß

## Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 23. Mai.

**Chanspielhaus.** (Hebbels „Gehörnter Siegfried“ und „Kriemhilds Nach.“) Paul Wiede hat als Siegfried in den Dresden Theaterungen aufzuführen einen historischen Platz. Daß er sein Verdienst um das Werk noch feiern könnte, hätten wir nicht erwartet. Aber wenn die Neuinszenierung über alles hoffen hinzu dem Dichter gab, was ihm, leidet meine Erinnerung reicht, hier noch nie gegeben worden ist, wenn sich der poetische Gehalt in junkindem Dramaplange offenbar, wenn das Bühnliche und Farbe gleich dem Schicksalsgewaltigen hervortrete, wenn über dem Ganzen eine durchaus einheitliche Stimmungssphäre logiere, wie dasten es ihm. Seine Regie kann duldet keinen Punkt. Sie ist erwachsen aus tiefer Kenntnis der Abnützung Hebbels und aus der wohl mit germanischem Sinn möglichen Berechnung für die wunderbare Gestaltung des einzägigen Gebäudes vollschöpferischer Phantasie, dem der Handel geschichtlicher Zustände nichts anhaben kann, das immer aufs neue dem jugendlichen Wagnerberg gleich untere Dichter anlotkt, weil sie führen, wie unser Wesen sich in der Rücksichtsnahme überwippt. Sind die Deutschen von 1918 und 1920 anders geworden als jener Siegfried, der die Reinheit seiner Verantwortung auch bei anderen voraussetzt, als jene Kriemhild, die dem Todseinde ihres Gatten die Stelle vertritt, wie der Held vertrunkbar ist? Wiede stand in Adolf Linnebach und Adolf Mahule die Bühnengeschäfte nach seinem Wunsch. Schlicht wie das Werk war die Ausstattung, die Dekorationen lenkten nie von dem dramatischen Geschehen ab, sondern umrahmten es, die Illusion verstärkend. Was der Künstler unterlassen konnte, ließte der Bedeutungsmäßigkeit. Auch die Worte von Dr. Thiz das den Ton bis auf einmal: bei der Hochzeitfeier erschollen Saras-

bandenlänge, die in das mythische Alter nicht hineinpassen wollten. Und wenn schon an dieser Aufführung ein Fehler war, so lag er dort bei dem Feste. Aus Sparsamkeitsgründen spielten sich die Siebente und die nächstfolgenden Szenen des zweiten Aktes von Siegfrieds Tod nicht, wie vorgeschrieben, in einer Halle, sondern im Schlosshof zu Worms ab. Theaterzeit ist eine andere als die gewöhnliche, aber selbst im Theater verlangen wir mitunter eine Pause, damit uns die rohe Folge der Geschichten nicht illustriert erscheinen. Kritische Einsegnung und Brautwahl kommen uns, wenn der Vorhang nicht an jenen Abend fällt, als in jüngster Eile dahinliegend vor.

Über die Darsteller heute nur das Eine: sie boten ein Zusammenspiel von vollkommenem Gesangsgründen, einer aus der Künstlerschule herauszuheben, wäre höchst ungerecht. Denn alle diensten sie dem Werk mit eisernen Köpfen und geleitet durch einen Willen, der sich, von der Größe der Aufgabe durchdrungen, entschieden und jeden überzeugend durchsetzte. R. R.

**Wissenschaft und Technik.** Aus Leipzig wird gemeldet: Dem 20. Deutschen Geographentag lagen außer der umfangreichen wissenschaftlichen Tagessordnung noch eine Reihe von Anträgen vor. Ein Antrag des Präsidenten Dr. W. Schumann-Berlin forderte die Ausführung der Goslarer Geologischen. Eine Goslarer Geographenkongregation in der Pfingstwoche Peitze aufgestellt, deren Ziel es war, die Bewohnung ausländerischer geographischer Literatur den Gelehrten und praktischen Geologen und Geologen zu verhelfen und geographische Methoden richtig gegeneinander abzuwählen. Die Sonnen- oder besser Frischluftbehandlung kann mit dem gleichen Erfolg wie im Gebirge auch in der Ebene in geeigneten Anstalten durchgeführt werden. Daneben kann in geeigneten Fällen ein operativer Eingriff schneller und gründlicher helfen. Das Früppelsturzgegebe verlangt auch die Hinwendung des sozialen Wissenschafts: Schule, Berufsausbildung (Früppelheim und Berufsbildung). Um zweiten Tag wurde eingehend über Nachhilfe verhandelt. Sie hat ebenso wie die Kinder- und Jugendberatung unter den Kriegswirkungen außerordentlich zugenommen. Die mit ihr verbundene Nachhilfearbeit und -beratung und die Wissens- und Geschäftserziehung ist nur ein Teil der gesamten Krankheit, die außer-

## Öffliche Angelegenheiten.

Dresden, 23. Mai.

\* Das Landesfinanzamt Dresden teilte uns folgendes mit: Die in verschiedenen Blättern gesuchte Artz, der Regierungsrat Stark beim Finanzamt Dresden-Mitsch.-Ost sei im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in einer Angabe von Steuererfüllungen bis auf weiteres beurlaubt worden, entsprechend nicht den Tatbestand. Er hat lediglich den ihm vor längerer Zeit bewilligten üblichen Scholargehalt angetreten. Regierungsrat Stark ist kürzlich seine Tätigkeit beim Finanzamt Dresden-Mitsch.-Ost nur unter der Leitung eines älteren Beamten aus. Über die zurzeit noch schwankenden Untersuchungen läßt sich ausnahmengen den Stand gegenwärtig nicht sagen. Eine Stelle der in neuerer Zeit anhängig gewordenen Straffälle ist aber bereits unter Belegung recht erheblicher Strafen rechtzeitig abgeschlossen worden.

\* Die Bildhauerung des verstorbenen Geh. Hofrath Prof. Theodor Böhme fand am Sonnabend nachmittag in der Neueröffnungshalle des Kolloquium unter zahlreicher Beteiligung statt.

Prof. Max "Ave verum" leitete die Feier ein.

Der Kämpfer von der Neueröffnungshalle

vertrug die Einführung und gab ein Bild des Gelehrten als Menschen. Die Bedeutung als Meister und Lehrer der Kunst schätzte sein Nachfolger Prof. Richard Müller in trefflichen Worten. Er nahm Bezug auf die Verdienste Böhmes um den Bau des Deutschen Volksfest und des Archäologischen Instituts in Rom und verweile länger bei der mehr als zehnjährigen Wissenskraft Böhmes an der Technischen Hochschule in Dresden. Ein Vertreter des Vereins deutscher Studenten widmete dem dahingegangenen Ehrenmitglied einen warm empfundenen Gedenkvers, ein anderer Altbundmitler sprach im Namen der Studentenschaft. Dies bewegte nahm Prof. Ernst Lewald von dem langjährigen Freunde und Kollegen Abschied. Mit rührender Dankbarkeit gedachte er der großen Verdienste Böhmes um den Dresdner Mozartverein, den er missgebunden und dessen Fürsorge er jede freie Minute seines arbeitsreichen Lebens widmete. Wenig bekannt sein dürfte, daß die wertvollen Erläuterungen auf den Vortragserordnungen der Konzerte des Mozartvereins von Prof. Böhme kommen. Die einzelnen Sprecher fügten der politischen Zahl jünger Freunde je einen weiteren hinzu. Mit der "Cavatina" aus dem Streichquartett in B-dur (Werkt 120) von Bertholdus schloß die Feier ab. Mitglieder des Mozartvereins boten mit diesem Beiflugsstück des Heimgegangenen auch den Anwesenden "ein (nach Wagner) siegreiches, untrügliches Witztum um Frieden, um Glück."

\* Notiz des Deutschen in der verlorenen Olympia war das Thema eines öffentlichen Vortrags, den am Sonnabend hr. Pfarrer Paul Schottke und Pfarrer in Schleife vor einer ansehnlichen Zuhörerschaft hiel. Mit Recht betonte der Redner einleitend, daß die obersächsische Frage die Erfolgsfrage des gesamten deutschen Volkes sei, denn schloßte er, unter welch ungemeinem Terror des polnischen Volkes sich die Abstimmung vollzog, welchen Eindruck dabei der polnische Adressat hatte und wie die polnische Volksseite ausseitete mit den Religion verbunden ist. Mit überzeugenden Worten unterschied der Vortragende, wie Überschreiten bei dem deutschen Volle bleiben will und muß, bei dem Volle, dem es seit Jahrhunderten angehört. Er mußte aber auch darauf

hinweisen, daß die noch in weiten Kreisen herrschende Unkenntnis des Orients es zuhande brachte, daß die Polen in ihren Siedlungen nach deutschem Gebiet so weit gehen laufen. Eine der stärksten Fehler der alten Regierung sei die Wiederanstrengung des Königreichs Polen gewesen, denn von jener Zeit an habe sich ein polnisches Geschwörertheism über alle Städte ausgebreitet. Ergebende Bilder zeigten dann der Vortragende vom Vordringen der Polen, von den blutigen Kämpfen in und um Rawisch, seinem früheren Wirkungskreis, und wie schließlich der Bezug von Warschau den Polen das brachte, was sie mit Waffen nicht zu erreichen vermochten. Um weiteren schätzte der Redner ausführlich die polnische Schulpolitik, die darum hinzule, alles noch vorhandene Deutschtum zu zerstören, um danach mit einem Aufstieg an die deutsche Bevölkerung zu schließen. Der aus eigenem Leben ausgebauten Vortrag hinterließ einen tiefen Eindruck. Die Verantwortung hatte hr. Lehrer Krusch, ebenfalls ein Flüchtling aus Posen, mit begründeten Worten erfüllt und der Reformierten Gemeinde für Überlassung ihres Gotteshauses herzlich gedankt. Der allgemeine Gefang des Luthervorleses "Das Wort ließt lassen fahn" bildete den Ausklang des Abends.

\* Unter starker Beteiligung fand am Sonnabend im großen Saale des Städtischen Ausstellungspalastes der Regimentstag des Reserve-Jägerregiments Nr. 241 statt. Hauptdirektor helbig mit seiner vortrefflichen Reichswehrkapelle leitete die Vortragsfolge ein. Ehrgänge der Mitglieder des Männergesangsvereins Arion-Dresden (Vorstand: Chormeister Arthur Schneider) sowie ein von J. Gerhard Vier ausgestrahlter, von vier jungen Damen ausgeführter Tanzengangementen viel Beifall. Als einer der letzten Kommandeure des Regiments hielt Oberstleutnant A. v. Ritschbach eine zürndende Begrüßungsansprache. Alle Erinnerungen wachsend an die großen Taten des Regiments im Westen und Osten, an Treue und Kameradschaft, die sich bewahrt habe in vielen schweren und in manchen frohen Stunden, erklärte der Redner mit ergreifenden Worten das Gedächtnis der gefallenen 89 Offiziere und über 3500 Unteroffiziere und Mannschaften des Regiments. Auch Oberst Reuhner, einer der Regimentskommandeure, pries die Kameradschaft und hoffte, daß dieser erste Soldatengeist die alten Kameraden noch viel enger zusammenführen werde. Die Festrede hielt Prof. Widert. Die Geschichte des Regiments entrollte sich wie ein gewaltiges Drama, dessen erster Akt im Westen, der zweite im Osten und der dritte wieder im Westen spielt. Das Regiment könne mit Stolz auf große Taten zurückblicken und sei wie ein Held im Felde gestorben. Im einzelnen ließ der Redner die hervorragendsten Schlachten am geistigen Auge seiner Kameraden vorüberziehen, indem er besonders an Rossbach, Jena-Naumburg, Wroclaw, Lübeck, La Bassée, Cerny, Boulogne-Vaux im Westen, im Osten an Germinalowa und Galati und dann wieder an Cambrai, Mailly, Tarcis, Rouen und andere heile Kampftage im Westen erinnerte. Begeistert summte man in das Hoch auf das Regiment ein. Später leiteten verschiedene Märkte zu einem ebenso fröhlichen Volle über, womit das Fest sein Ende fand.

\* Die Zusammenkunft der Tuberkulose-Spezialisten in Bad Elster ließ den naheliegenden Gedanken zur Tat werden, neben der medizinischen auch die soziale Bekämpfung dieser Volkskrankheit wieder in Fluß zu bringen. Das Landeskonsortium für Wohlfahrtspflege veranstaltete deshalb im Zusammenhang

mit dem deutschen Rentenamt zur Bekämpfung der Tuberkulose und dem Landeskonsortium für hygienische Verbesserung am Sonntag abend vier öffentliche Vorträge über das obige Thema, und zwar

wurde im Künstlerhaus der Präsident des Reichsversicherungskomites, W. Sch. Oberregierungsrat Dr. Kaufmann - Berlin, der ungefähr folgendes ausführte: Der Erfolg der letzten Jahrschule auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose ist heute so gut wie vernichtet. Der Weltkrieg mit seinen Folgen ist daran schuld, aber auch daran, daß heute in einer Zeit der größten sozialen Bedürfnisse der Fürsorge die austretenden Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch hier muß an einen neuen Aufbau gegangen und der Kampf gegen diese furchtbare Krankheit zeitgemäß geführt werden. Eine ganz neue Betätigung der Krankenkassen liegt hier vor, vor allem in einer zu erreichenden Familienversicherung. Auch die Landesversicherungsanstalten erhalten nach ihrer langjährigen regensteiner Tätigkeit neue Aufgaben. Seit 1894 bis 1919 sind über 654 000 Versicherteständig und über 11 000 Versicherte nichtständig behandelt worden. 1919 war eine Jahreszahl von über 52 000 erreicht. 1914 waren es nur etwas über 20 000, bis 1918 auf etwa 27 000 und 1919 wieder auf 30 000 angewachsen, die aber seit 1920 ganz erheblich abgenommen sind. Mehr denn je muß die öffentliche Fürsorge überwunden in der schon lange propagierten Schadenverhütung gesucht werden.

Die Heilstätten-Fürsorge kann noch viel mehr ausgenutzt werden und zielt in der ambulanten Behandlung durch Siege- und Waldhallen. Es ist auch im Heilstättenbetrieb noch manches zum Vorschein möglich, namentlich durch die Beschäftigung der Kranken, was von diesen infolge Nichtverhältnissen oft abgelenkt wird. Die schlummernde Feindseligkeit aller Fürsorge seien die unheilvolle Erbakanal, für die auch noch weitergehende Maßnahmen zu ergreifen seien. Gute Erfahrungen seien mit den hierfür eingerichteten Landeskrankenhäusern gemacht worden, denen man jetzt höhere Aufmerksamkeit schenken müsse. Über neben den Erwachsenen ist die Zahl der Kinder-Erkrankungen und Sterbefälle eine erstaunlich hohe geworden und sämtliche Fürsorge muß sich vor allem der Zukunft Deutschlands, den Kindern, zuwenden. Durch eine Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung müßte hier die Wahl frei gemacht werden. Auch der jetzt leidende Mittelsmann wird mehr in die Fürsorge einbezogen, namentlich seit die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den an Tuberkulose Erkrankten ein Heilverschaffung zuteilt werden läßt. Von besonderem Wert ist die Ausbildung des gesamten Volkes, besonders schon durch die Schule. Es gilt, das ganze Volk zur Abwehr der Tuberkulose zu mobilisieren; durch das Verfahren von einer Überzusage seitens der Arbeiter in Landesrat (Schlesien) kommt einer Heilanstalt über 200 000 Befreiung. Dieser Gedanke einer "Wohlfahrtskunde" müßte Gemeinkauf aller Arbeiter sein, um gegen die die bedrohende Krankheit zu kämpfen, daß alle Mann an Bord in Deutschland, um den Kampf aufzunehmen. "Ein gefundenes Fressen ist kein Brot für Jungen" — Reicher Beifall lohnte den Redner, jedoch ließ der Redner leider sehr zu wünschen übrig. Hr. Dr. Rolf Weber, Präsident des Landesgesundheitsamtes, übermittelte den Dank für die Ausführungen, die ein reiziges Interesse im Publikum hätten vorwirken können.

\* In der Aula der Technischen Hochschule sprach am Sonntag abend hr. Ministerialdirektor W. Sch. Oberregierungsrat Dr. Kirchner aus Berlin über das Thema: "Der Einfluß des Weltkrieges auf die Tuberkulose". In den letzten Jahrzehnten habe diese vorheerende Volkskrankheit erheblich abgenommen, wofür vom Redner drei Gründe angeführt wurden: 1. Die

Entdeckung des Tuberkulosebazillus durch Robert Koch, 2. die Bekämpfung und Heilungsmethoden herausragender Kliniker und 3. die soziale Gesetzesgebung durch Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Wilhelm II. Ganz besondere Verdienste um die Abnahme der Krankheit habe das Deutsche Rentenamt zur Bekämpfung der Tuberkulose, das enorme Summen unter Wirkung des Staates und der freien Wiedergutmachung dafür aufgewandt; entstanden doch im Laufe der Jahre im Reiche nicht weniger als 149 Lungenselbstländer mit über 30 000 Betten und auf Anregung des Vortragenden über 3000 Ausflus- und Förjorgeräte. Der Redner schloß nun an der Hand von Statistiken die Einwirkung des Krieges auf die Volksgesundheit, die unheilvollen Einflüsse, welche die Umstellung des Familienebens, sowie die zunehmende Nahrungs- und Rohstoffmittelknappheit im Gefolge hatten. Weiter zeigte der Vortragende die Verteilung der Sterblichkeitsziffern auf Alter, Geschlecht und Wohnsitz der Erkrankten und bezeichnete als schlimmste Zeit das Jahr 1917, in dem die Tuberkulose auf das deutsche Volk geradezu katastrophal wirkte. Verhältnismäßig noch am geringsten war die Sterblichkeit in Sachsen. Außerhalb Deutschlands wirkte die Krankheit am verheerendsten in Budapest, wo auf 100 000 Totessäule 662 und in Wien, wo 402 auf Tuberkulose entfielen. Nach einer Darstellung der Krankheitsziffern in den nicht am Kriege beteiligten gewesenen Ländern (Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz) ging der Redner den Gründen der Sterblichkeitszunahme an Tuberkulose in Deutschland nach. Sie seien in der überpechlichen und geistigen Überanstrengung unseres Volkes, in den verschlechten Wohnungsvoraussetzungen und in der kolossalen Unterernährung, hervorgerufen durch die Hungerblöße unserer Feinde, zu finden. Für die Zukunft ergäbe sich nun die Fortsetzung, alles aufzubauen, um unsere eigene Erzeugung an Lebensmitteln zu haben, die Viehhaltung und Sterbefälle eine erstaunlich hohe geworden und sämtliche Fürsorge muß sich vor allem der Zukunft Deutschlands, den Kindern, zuwenden. Durch eine Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung müßte hier die Wahl frei gemacht werden. Auch der jetzt leidende Mittelsmann wird mehr in die Fürsorge einbezogen, namentlich seit die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte den an Tuberkulose Erkrankten ein Heilverschaffung zuteilt werden läßt. Von besonderem Wert ist die Ausbildung des gesamten Volkes, besonders schon durch die Schule. Es gilt, das ganze Volk zur Abwehr der Tuberkulose zu mobilisieren; durch das Verfahren von einer Überzusage seitens der Arbeiter in Landesrat (Schlesien) kommt einer Heilanstalt über 200 000 Befreiung. Dieser Gedanke einer "Wohlfahrtskunde" müßte Gemeinkauf aller Arbeiter sein, um gegen die die bedrohende Krankheit zu kämpfen, daß alle Mann an Bord in Deutschland, um den Kampf aufzunehmen. Ein gefundenes Fressen ist kein Brot für Jungen" — Reicher Beifall lohnte den Redner, jedoch ließ der Redner leider sehr zu wünschen übrig. Hr. Dr. Rolf Weber, Präsident des Landesgesundheitsamtes, übermittelte den Dank für die Ausführungen, die ein reiziges Interesse im Publikum hätten vorwirken können.

\* Da die Teilnahme des Publikums an der Ausstellung "Schriften und Schriften in alter und neuer Zeit" im Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins, Dresden-II, Schönstraße 19, ab 19. Uhr, noch überaus rege ist, soll die Sonderausstellung noch einige Wochen erhalten bleiben. Mittwoch und Sonnabend um 4 Uhr finden Führungen statt, um die Ausstellung zu erläutern. Auch Vorträge in den einzelnen Abteilungen werden noch gehalten, über die Näheres noch bekanntgegeben wird.

\* Der seit seiner Aufführung in der Berliner Uraufführung am 29. April 1921 mit großer Spannung erwartete technische Meisterschaftsvortrag "Was deutsche Technik Wunder leistet" wird nunmehr auf Veranstaltung der Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes Deutscher Technik Sonntag, den 29. Mai, 1/21 und 1/2 Uhr im Prinzentheater, Prager Straße, und am Mont-

der deutsche Idealismus helfen, daß gegenwärtig an Leib und Seele stark und müh darunter liegende Volk wieder aufzurichten. An die Begründung schloß sich der Festvortrag des seit kurzem in Berlin leitenden Professors Dr. Julius Petersen über "Schiller und das Weimarer Theater". Bei den folgenden Ergänzungswahlen zum Vorstand wurde der Gesellschaft zum erstenmal eine Frau vorgeschlagen, und zwar Ricarda Huch, als die größte lebende deutsche Dichterin; hier Wahl summe die Begründung ohne Debatte zu. Bei weiteren Mitgliedern des Vorstandes wurden gewählt Hr. v. Pechmann-Münch und Dr. Kippenberg-Leipzig, der erste als Vertreter Bayerns, der zugleich Mitbegründer der Münchener Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft ist, der zweite als lebensfähiger Vertreter des Buchgewerbes im weitesten Sinne. Schließlich wurde der Versammlung die durch den Vorstand erfolgte Neuwahl des Präsidenten der Gesellschaft bekanntgegeben: Sie ist auf den bisherigen Vizepräsidenten, den ehemaligen Berliner Generalintendanten Eggersen Dr. Bülowius, gefallen. Aus Anlaß der Tagung vermittelte das Deutsche Nationaltheater die sehr gelungene Aufführung zweier kleiner Werke Goethes, die freilich aus seiner Unsterblichkeit ohne eigenen Klang herausblieben. So waren "Die Witschuldigen" und "Ermis und Elmira". Dieses kleine Schauspiel hat in dem Schweizer Niederkomponisten Ulrich Schoeck einen neuen musikalischen Illustrator gefunden, dessen Arbeit durch fröhliches Temperament und keine literarische Einzelheiten aufsetzt.

\* Zum Vortragenden des Verwaltungsrates der Deutschen Schiller-Stiftung an Stelle des verstorbenen Staatsministers a. D. Dr. Rosse wurde der Dichter und Schriftsteller Prof. Dr. Friedrich Reinhold, und zu seinem Stellvertreter Oberbürgermeister a. D. Dr. Donderdt gewählt. — Wie aus Meimot gemeldet wird, hat das Goethe- und Schiller-Archiv einen schweren Verlust infolge zu befürchten, daß der be-

sonnenen Jugendwerkes Beethoven's befindet sich in dem Versteigerungsverzeichnis, das von dem Antiquariat Dr. Heymannsohn in Berlin loben verfasst wird. Es ist dies die 54 Seiten starke, vollständige Handschrift der Klavierstimme zum Klavierkonzerte in B-dur, Werk 19, dem sogenannten zweiten Konzerte. Die Handschrift ist bisher in der Beethovenliteratur ganz unbekannt geblieben; auch Rolfebohm kennt sie nicht. Ihr außerordentlicher Wert liegt vornehmlich darin, daß die Hauptstimme, soweit es sich um die Hauptmelodie handelt, vollständig ausgezeichnet ist. Als Schöpfungszeit dieser außerordentlichen Kostbarkeit sind 60 000 M. angelegt.

\* Aus Anlaß der 25sten Wiederkehr von Bruckner's Todestag (er starb am 11. Oktober 1896) veranstaltet der Bayreuther Bund im September in Stuttgart ein mehrtägiges Brucknerfest, für das außer frischen-musikalischen Werken vier Symphonien geplant sind: die 4., 5., 8. und 9. Ausgeführt werden werden unter Generalmusikdirektor Erich Balch vom berühmten Orchester des Württembergischen Landestheaters. Für das Klangkonzert ist Kapellmeister Erich Band, Leiter des Vereins für Naturkunst gewonnen worden, der unter anderem die große F-moll-Werke Bruckners zu Gehör bringt.

\* Theater und Film. Am durchaus lärmreichen Gründonnerstag soll am 1. Oktober dieses Jahres im Braunschweiger Wilhelmshof eine neue Operettentheater im Leben gerufen werden. Als Gründer des Unternehmens rechnen zwei beliebte Mitglieder des Braunschweiger Landestheaters, die Herren Theo Hohenheimer und Erich Voigt, verantwortlich, die auch die Direktion des Operettentheaters übernehmen.

\* In Kaiserstuhlbauten in der Platz traten zur Befreiung pfälzischer Theatervereinigungen. Beide der großen pfälzischen Städte, der Theatervereine und Bürgerorganisationen zusammen. Vertreten war auch das bayerische

Kultusministerium, desgleichen auch die Deutsche Bühnenogenossenschaft und die Stadt vom Deutschen Theatertumverband. Es wurde die Schaffung eines Allgemeinen pfälzischen Landestheaters mit fünf Untertheatern beschlossen, das in der nächsten Wintersaison eröffnet werden soll. — Geheimrat Max Martersteig hat der auch sonst in jüngster Zeit durch wertvolle Zuwendungen bedachten Theatergesellschaften des Deutschen Seminars der Universität Köln gehandte Szenenbilder seiner Hebbel-Inszenierungen gestiftet und die Bekümmerung getroffen, daß sein ganzer Kunstschatz dem Seminar zufallen soll.

\* Der Sächsische Altertumsverein wird am Sonnabend, den 28. Mai, einen Nachmittagsausflug nach Frauenstein unternehmen. Abfahrt 11 Uhr 30 Min. vom Hauptbahnhof mit direkter Fahrtstufe dritter Klasse (Umsteigen in Königsberg-Colmnitz) nach Frauenstein; das Böden der Karten bleibt den Teilnehmern selbst überlassen, es empfiehlt sich, die Rückfahrt gleich mitzuzahlen. Nach dem Eintritt in Frauenstein 2 Uhr 37 Min. wird im Bahnhofshotel der Kaffee eingezogen, sobald unter Führung des Herrn Baumhauer Gipfel das Schloß, die alte Burgruine und die Begräbniskirche besichtigt. Für ein gemeinsames, aber in die freie Wahl jedes Einzelnen geholt Abendessen im Goldenen Löwen ist Vorbereitung getroffen. Rückfahrt von Frauenstein 8 Uhr, Ankunft in Dresden - A. 10 Uhr. — Anmeldungen bis Sonnabend, 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der Geschäftsstelle des Vereins, Dresden-II, Döppersstraße 14; für allgemeine Unfosten sind bei der Anmeldung 1,50 Mark zu entrichten.

\* Im Anschluß an die Ausstellung "Alte und neue Buchdruckkunst" in der Kunstmuseumbibliothek hält hr. Hugo Erhardt am 28. Mai nachmittags 5 Uhr im Hörsaal der Akademie für Kunstmuseum einer Vortrag über das gleiche Thema. Der Vortrag ist unentgeltlich.

dag, den 30. Mai, abends 8 Uhr im Gewerbehausaule durch seinen Verfasser Oberingenieur Fritz Meyen-Charlottenburg vorgeführt werden. In fünf spannenden Abschnitten führt dieser hervorragende Film 300 m unter der Erde die Nachgewinnung, seltener Eisenherstellung, Schaffung von Eisen und Stahl, deren Bearbeitung bis zur fertigen Maschine auch für die Handwerkschaft und die Leistungen von Maschinen aller Art, die Herstellung von Geispielen und Geweben, Porzellangerzung, technische Entwicklung der Buchdruckerkunst von Gutenberg bis zur großen Rotationspresse, den Entwicklungsgang des Kinematographen und andere Wunderleistungen der Technik vor. Der Filmauftrag hat allenfalls bestie Aufnahme bei Publikum und Presse gefunden. Karten zu 2 M. bis 4,50 M. einschließlich Steuer sind erhältlich im Residenztauschauhaus und an der Kasse des Prinzesstheaters.

\* **Eiva 300 Teilnehmer an dem Tuberkulosekongress,** der am Sonnabend in Bad Elster getagt hatte, trafen unter Führung des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Dr. Wiss. Geh. Oberregierungsrat Dr. Bummi gestern mittag in Dresden ein und teilten den vom Deutschen Hygiene-Museum in der Reichshalle des früheren Marktes veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Tuberkulose einen Besuch ab. Die Gäste, unter denen sich auch viele Damen und zahlreiche Teilnehmer aus dem Auslande befanden, darunter auch jüdische aus Japan, wurden durch die einzelnen Abteilungen von einer Reihe namhafter Dresdner Ärzte und Wissenschaftler geleitet. Die Ausstellung erregte das lebhafte Interesse der Kongressteilnehmer. Es wurde allgemein der Wunsch laut, daß derartige Sonderausstellungen allerorts den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden müßten.

\* In dem am 19. d. M. veranstalteten und zahlreich besuchten **Elternabend**, zu dem der **Arbeitsausschuss der christlichen Elternvereine** an der 2., 9. und 46. Volksschule eingeladen hatte, entwarf der Vorragende, Pastor Schumann, zunächst an hand praktischer Beispiele ein anschauliches Bild von der Art, wie sich Unterricht und Erziehung in der **Arbeitschule** gestalten. Er beschrieb den sogenannten Gesamtunterricht, der den Unterricht nicht nach Fächern studienplanmäßig zerteilt, sondern ihn um konzentrationsoffene gruppiert, die sich zwanglos aus dem wechselnden Interesse und Bedürfnis der Schüler ergeben. Der Redner ging jedoch auf die Grundfrage ein, die für die Arbeitschule maßgebend sind. Grundsätzlich sei die Erkenntnis, daß alles Kopf- und Buchwissen für die fiktive Erziehung wertungslos bleibt, ja zur Gefahr wird, wenn nicht frühzeitige Gewöhnung an befecktes und solides Arbeiten mit der Hand hinzukommt. Deshalb sollte die Arbeitschule als Tafelschule die alte Lernschule ablösen. Die Arbeitsgemeinschaft von Lehrern und Kindern sollte sich tatsächlich zur Lebens- und Seelengemeinschaft entfalten. Der Arbeitsgedanke und der Gemeinschaftsgedanke wurde, sofern man sich vor einheitlicher Überprüfung hält, als für jede Schule verbindlich bezeichnet. Die Methode des Gesamtunterrichts aber sei nur dann zu billigen, wenn dabei der Gang des Unterrichts nicht in die Laune des Kindes gestellt, sondern von einem Lehrplan geregelt werde. Auch für die Arbeitschule sei der Religionsunterricht zu fordern. Die Schule der Zukunft möge das, was an der alten Schule gefundne war, mit den Vorträgen der Arbeitschule vereinen, aber deren Mängel vermeiden. Nach einer längeren Aussprache und weiteren geschäftlichen Mitteilungen, die bevorstehenden Elternauswahlwahlen betreffend, erging an die anwesenden Eltern die Aufforderung, den christlichen Elternvereinen zahlreich beizutreten.

\* In einem Teile der Presse werden Nachrichten über die angeblich ungerechtfertigte Verhaftung von 48 kommunistischen Jugendgenossen verbreitet. Hierzu steht das Polizeipräsidium folgendes mit: Es handelt sich um 22 Teilnehmer an dem Kommunistischen Jugendtag, der am ersten Pfingstferiertage in Dresden stattfand. Diese 22 Personen waren **rechtsstaatliche Staatsangehörige**, die zum Teil ohne jeden Ausweis, im übrigen mit ungenuine Ausweisen, d. h. ohne die den gesetzlichen Erfordernissen entsprechende Einreiseberechtigung die Reichsgrenze überschritten haben. Sie wurden deshalb und zwar nur deshalb dem Gericht zur Bestrafung zugeführt, und dann vorchristlich abgeführt an die Grenze zurückgeschobt.

\* Am Freitag ist der 22 Jahre alte Student der Technischen Hochschule zu Dresden Arno Rosenbaum im **Außengebiet** in der Sächsischen Schweiz tödlich abgestorben. Der Verunglückte kommt aus Chemnitz, wo sein Vater als Oberstudienten wirkt.

\* Viechhafte Wünsche entsprechen, findet am Donnerstag den 26. d. M. in der Zentraltheaterhalle ein **Gesellschaftsleben** statt, bei dem das „**Stadtbadeleid**“ von dem Wiener Modedesigner Habermann Ezelie vorgeführt werden wird. Mr. Ezelie wird aus besonders gewählten und ganz neuen Stoffen die entzückendsten Kleider sieben. Der Tee wird durch hervorragende Darbietungen der Künstler des Malerpickelns verschönzt werden.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Offene Stellen für Lehrer.

Lehrerstelle o. d. 2. Kl. Schule in Am 15. hainersdorf b. Schmiedeberg. Aufstellungsbef. Oberför. Schulebesch. Geisel. Ent. vom Schuldienst. Dazu 5,25 M. Stiftungshilfen u. 33,72 M. für Sachen.

herausgegeben von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung, Nr. 15. — Druck von H. G. Leubner. — Preis je eine Seite.

dienst. Berichtigungen. Wohnung im Schulhaus mit Garten genutzt. Bew. bis 20. Juni an d. Bezirkschulrat in Bad Schandau. — a) Lehrerstelle zu Granzahl. Geisel. Bevölkerungsordnung. Familienwohnung vorh.; b) Lehrerstelle zu Zschaditz. Geisel. Bevölkerungsordnung. Außerdem 500 M. für Vertretung des Kantors. Bew. zu a und b bis 10. Juni an den Bezirkschulrat für Annaberg. — 1) die erl. 5. R. Lehrerstelle in Hirschfelde (Ortsl. D; Wohnung vorh., Fortbildungsschuluniverität als Übertr.); 2) die neu erl. 6. R. Lehrerstelle in Leutersdorf (Ortsl. D; Wohnung vorh.). Bew. zu 1 und 2 bis zum 11. Juni an den Bezirkschulrat in Zittau. — a) Vorbeh. mindest. Genehmigung 1. 8. einer R. Lehrerstelle in Gaußig. Ortsl. E. B. a. w. 3. St. in der Fortbildungssch. u. 4. St. Turnen im Sommer. Mindest. Bevölkerung 1. 8. Dienstwohnung mit Garten genutzt b. v. vorh.; b) 16. 7. vorbeh. mindest. Genehmigung 5. R. Lehrerstelle an der 8. Kl. Volksschule in Großau-Ortsl. D. Ist. 5. Übertr. in der Fortbildungssch. Bevölkerung u. Bevölkerung zur Bett. im Kirchendienst erwünscht; c) 1. 8. vorbeh. mindest. Genehmigung 5. R. Lehrerstelle in Großwilsdr. Ortsl. E. Bevölkerung der wend. Sprachgr. Eine Wohnung für unbek. Bew. vorh.; d) 1. 8. vorbeh. mindest. Genehmigung 5. R. Lehrerstelle in Neudorf a. d. Spree. Ortsl. E. Bevölkerung der wend. Sprache erw. Bew. zu a-d bis zum 20. 6. an den Bezirkschulrat zu Annaberg.

### Verteilung von Einmachzucker.

(W.M.) In diesem Jahre stellt die Reichszentralstelle 3 Pfd. Einmachzucker je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung, der in zwei Raten zur Verteilung kommt. Die Verteilung erfolgt auf die neue Zuckerliste Reihe 21, die zurzeit ausgegeben wird, und zwar werden 2 Pfd. in der Laufzeit des ersten Buchstabenschlusses vom 3. Juni bis 23. Juni auf den Buchstabenschlüssel T der Stammliste, der Rest voraussichtlich bis August auf den Buchstabenschlüssel U ausgegeben. Da der Einmachzucker nur auf die bezeichneten beiden Buchstabenschlüsse ausgeteilt wird, und noch ungewiß ist, wann die zweite Ausgabe stattfindet, wird den Verbrauchern im eigenen Interesse dringend empfohlen, die Stammlisten mit den Buchstabenschlüsseln T und U bis zum vollständigen Ablauf der Zuckerliste Reihe 21 in eigener Sicherer Verwahrung zu behalten.

### Reiseerleichterungen.

Die Reichsregierung hat die Belebung einer Reihe von polizeilichen Einschränkungen veranlaßt, die sich mit der fortzuhaltenden Entwicklung des Verkehrs nicht mehr in Einklang bringen lassen. Zusätzlich sind danach wesentliche Erleichterungen in der Handhabung des Sichtvermerkzwanges eingetragen. Eine Prüfung der Notwendigkeit der Reise findet nicht mehr statt. Insbesondere ist bei Reisen aus gesundheitlichen Gründen die Belebung eines ärztlichenzeugnisses und des Weißfahrtzeugnisses die Vorlage einer Empfehlung der zuständigen Handelskammer nicht mehr erforderlich. Eine Belebung der Ausstellung eines Sichtvermerks tritt künftig nur in einigen wenigen bestimmten Fällen ein, u. a. auch dann, wenn die für den Betrieb etwa erforderliche Zugangsgenehmigung fehlt (dies gilt also für alle Orte, wo die Reise und der Aufenthalt von einer polizeilichen Zugangsgenehmigung abhängig gemacht wird) und bei Durchreisen von Ausländern, wenn der Einreiseherrschermerk der Zweitschlüssel und die Durchreiseherrschermerke der Drittlandschlüssel die Durchreise-Sichtvermerk nur zur Einreise nach Deutschland benutzt will, um dort zu bleiben. Bisher waren auch Reichsdeutsche für die Einreise nach Deutschland dem allgemeinen Sichtvermerkzwang unterstellt. Diese Bestimmung ist gleichfalls aufgehoben, so daß also nunmehr Reichsdeutsche ohne besondere Erlaubnis jederzeit in die deutsche Heimat zurückkehren können. Die Bestimmung ist am 1. Mai 1921 in Kraft getreten. Allerdings bleibt auch für Reichsdeutsche der Zollzwang und der Ausreise-Sichtvermerk-Zwang bis auf weiteres bestehen. Die Befreiung, in der Regel von der Angabe einer bestimmten Grenzübergangsstelle im Sichtvermerk abzusehen, erhalten nunmehr auch die deutschen Sichtvermerk-Schöffen im Inlande. Der Grenzübergang kann demnach also bei jeder amtlich zugelassenen Grenz-Übergangsstelle erfolgen. Nur wenn besondere Umstände es erfordern, sind die deutschen Sichtvermerksherrchen nach wie vor berechtigt und verpflichtet, im einzelnen Falle die Benennung einer bestimmten Grenzübergangsstelle im Sichtvermerk vorzuschreiben.

### Drucksachenkarten.

Hinjichtlich der Bestimmungen über Drucksachenkarten herrscht noch vielfach Unklarheit. Man muß unterscheiden zwischen Drucksachenkarten, die zu den besonders ermäßigten Gebühren von 10 Pf. befördert werden, und Drucksachenkarten, die zu den gewöhnlichen Drucksachengebühren von 15 Pf. befördert werden. Die für 10 Pf. verhandelten Karten dürfen keine handschriftlichen Zusätze tragen, auch nicht die, welche sonst bei Drucksachen laut § 8, X der Postordnung gestattet sind. Guldig ist lediglich die handschriftliche Angabe des Absenders und des Absendungstages. Wer außerdem die nach § 8, X der Postordnung zulässigen handschriftlichen Zusätze und Änderungen anbringen will, muß die Karte nach dem gewöhnlichen Drucksachenkarten, also mit 15 Pf. versenden. Die mit 10 Pf. festgemachten Drucksachenkarten dürfen in Form und Papierstärke nichts wesentlich von den ähnlich ausgedachten Postkarten abweichen. Die höchstzulässige Größe beträgt

15,7:10,7 cm. Die Aufschrift „Postkarte“ sollen sie nicht tragen. Mit den Drucksachenkarten dürfen keine Antwortsachen verbunden sein. Zweier- oder mehrteilige Karten, Doppelsachen oder irgendwie gefaltete Karten sind nicht zugelassen. Ein gleicher Unterschied ist bei den Ansichtskarten zu machen. Ansichtskarten, die abgeheben von der Angabe des Absenders und des Absendungstages, keinerlei handschriftliche Zusätze oder Änderungen enthalten und auch sonst den Bestimmungen über Drucksachenkarten entsprechen, werden zu der besonders ermäßigten Gebühr von 10 Pf. befördert. Ansichtskarten, die an der Vorderseite Größe oder ähnliche Höchstleistungssymbole mit höchstens fünf Wörtern enthalten, werden zu der gewöhnlichen Drucksachengebühr von 15 Pf. befördert; sind die erlaubten fünf Wörter aber nicht auf der Vorderseite angegeben oder sind andere Angaben als Größe oder ähnliche Höchstleistungssymbole gemacht, so unterliegen die Ansichtskarten der Gebühr für Postkarten! Besonders belastet werden muß noch, daß die in weiten Kreisen bestehende Ausübung, auf Drucksachen durch allgemein fünf Wörtern beliebigen Inhalts handschriftlich angegeben werden, irrig ist. Solche Karten werden von der Post mit einer Nachgebühr belegt.

### Rachsendung von Zeitungen in die Sommersfrische.

Wer seine Zeitungen in der Sommersfrische ohne Unterbrechung weiter beziehen will, verläßt nicht ihre Rachsendung rechtzeitig und bei der richtigen Stelle zu beantragen. Die richtige Stelle ist für die Post bezogene Zeitungen das zustellende Postamt im bisherigen Wohnort, für nicht von der Post gelieferte Zeitungen der Verlag selbst oder der Zeitungsvermittler, Buchhändler usw., der den Bezug bisher vermittel hat. In beiden Fällen muß der Antragsteller genau angeben, wohin, von wann an und wie lange die Zeitungen nachgesandt werden sollen. Die Überleitung jedes durch die Post bezogenen Zeitung kostet 2 M. Vorbestellung zu Rachsendungskosten erhält man unentbehrlich beim Postamt. Wegen der Weiterüberweisung der von der Post nachgelieferten Zeitungen bei wiederholtem Durchwechseln und wegen der Rücküberweisung bei der Rückkehr nach Hause muß man sich immer an das Postamt wenden, daß die Zeitungen unterwegs zuletzt ausgeliefert hat. Die Weiterüberweisung kostet wieder 2 M. für jede Zeitung; die Rücküberweisung ist kostenfrei.

### Bierter Deutscher Richtertag.

Unter dem Vorz. des Ersten Staatsanwalts Dr. Leeb (München) fand am vergangenen Sonnabend in Leipzig der 4. Deutsche Richtertag statt, zu dem sich 250 Richter aus allen Teilen Deutschlands eingefunden hatten. Nach Grußworten des Rektors der Landesuniversität, Prof. Dr. Richard Schmidt, hielt Dr. Dr. Leeb eine Ansprache, in der er ausführte, daß Krieg und Revolution eine Unmenge von Gesetzen gebracht hätten, welche die Achtung vor dem Gesetz verstoßt. Viele Gesetze seien überreicht worden, weil sie nicht eingehalten werden konnten oder die staatlichen Mittel nicht ausreichten, ihre Befolgung zu erwingen. Die Geschgebung liege in den Händen der jeweils herrschenden Parteien. Allgemeines Vertrauen aber könnten Parteigegner schwierig beanspruchen. Nicht das Erreichen der ordentlichen Gerichte sei erweitert, vielmehr seien Sondergerichte geschaffen worden, ein verhängnisvoller Schritt, welcher der Volks- und Rechtsgemeinschaft schweren Abbruch gelan habe. Dr. Reichsgerichtsrat Dr. Beyer behandelt die Frage der Eingliederung der Arbeitsgerichte in die Amtsgerichte. Es folgte die Annahme einer Entschließung, in der es heißt: Es sind Arbeitsgerichte unter partikularer Belebung des Sozienelements zu bilden. Diese Gerichte müssen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Es ist für das Gebiet des Arbeitsrechts, und zwar sowohl für die eingelten, als auch für die Kollektivtreitigkeiten eine einheitliche Rechtsprechung unter Gründung des Reichswesens bis an das Reichsgericht zu schaffen. Im Anschluß hieran folgte ein Vortrag des Hen. Landgerichtsdirektors Dr. Stadelmann (Böhlen) über die Zulassung der Frauen zum Richteramt. Seine in der Hauptrede ablehnende Haltung in der vielfumikratischen Frage summirt mit der Auffassung der überwiegenden Mehrzahl der Anwesenden über ein, die sich trotz der Eignung der Frauen zur Bedienung im öffentlichen Leben mit großer Mehrheit gegen diese Zulassung als Verurteilter, als Geschworene, als Schöffen sowohl in Jugendsachen, als auch allgemein in Strafsachen, nicht minder in Zivilsachen aussprachen. Hinjichtlich der Richterung der Frau stellte der Vorragende namentlich fest, daß die Frau durch die bei ihr vorhandene, starke und oft vorherrschende Entwicklung der Gesellschaftseinflüsse in der sachlichen Aufnahme eines Fallesstandes und in der sachlichen Entscheidung vielfach beeinträchtigt und behindert sei.

### Tagung des Verbandes Sächsischer Hausbesitzervereine.

Am vergangenen Sonnabend fand in Döbeln die öffentliche Sitzung des Verbandes Sächsischer Hausbesitzervereine statt. Auf der Tagungsordnung standen vier Vorträge über wichtige Angelegenheiten der Hausbesitzer und die neuen Gesetzentwürfe. Den ersten Vortrag hielt Dr. Baumester Roack (Dresden) über das Reichsmietengesetz. Im Anschluß an die ausführliche Befragung der einzelnen Bestimmungen beantragte der Redner eine Entschließung, in der das Reichsmietengesetz in der dem Reichstag vorgelegten Fassung grundsätzlich abgelehnt wird. Alsdann behandelte Dr. Justizrat Dr. Wilke (Chemnitz) das Reichsmietengesetz vom juristischen Standpunkt aus. Es sei bedenklich, daß das Gesetz der Landesbehörde die Möglichkeit gibt, eine Nachprüfung der Mieten im ganzen Lande zu veranlassen. Das könnte zu einer staatlichen Belebung der Mieten

führen, die von der Sozialisierung des Haushaltens nicht mehr weit entfernt sei. Wedergleich enthalte es auch für die Mieter unstere Bestimmungen, besonders die über Zuläufe zu Instandhaltungen. Auch Dr. Baumester Roack, der neue Vorsitzende des Dresdner Hausbesitzervereins, wandte sich gegen das neue Mietrecht und bemängelte vor allem das Mieterschutzgebot. Der Mieterschutz sei eine Beweisung des Mietvertrages, da er zuläßt, daß die Wohnung im Todesfall des Mieters sich auf seine Angehörigen vereilt. Zu Streitigkeiten könne es führen, daß der Mieter seine Räume ohne weiteres an andere vermietet würde. Der Redner sah seine Ausführungen in einem Beschlußantrag zusammen. Dr. Stadtrat Sander (Leipzig) sprach über den Einfluß zum neuen ländlichen Grundsteuervertrag. Es bedeute eine erhebliche Mehrbelastung der Hausbesitzer und damit auch der Mieter. Die neue Grundsteuer beträgt z. B. 1124 M. bei einem Grundstückswert von 60 000 M. Es wurde hierzu eine Entschließung beantragt, in der gegen die geplante hohe Grundsteuer schärfster Widerspruch erhoben wird und Abänderungsvorschläge gemacht werden.

Das Brandversicherungsgebot für Sachen behandelte in wertvollen Ausführungen der Verbandsvorsitzende, Dr. Baumester Schümichen (Dresden). Es bedeute die Segnungen des neuen Gesetzes, das die Interessen der Versicherer hinreichend wahre, wenn auch nicht allen Wünschen entsprochen werden könnte. Es legte den Hausbesitzern nahe, die Brandversicherungssumme zu prüfen und dafür zu sorgen, daß sie entsprechend erhöht werde, denn im Brandhause würde sich die Unterversicherung schwer rächen.

Die drei Entschließungen wurden nach längerer Ausprache einstimmig angenommen.

### Sperre für Pakete und Wertsendungen nach den Orten Oberschlesiens.

Wegen der durch die politischen Unruhen in Oberschlesien eingetreteten schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs mußte die Annahme von Paketen und Wertsendungen nach dem oberschlesischen Abschlagsgebiet durch die Postanstalten bis auf weiteres eingestellt werden. Die unterwegs befindlichen Sendungen dieser Art werden zurückgeleitet und den Abnehmern wieder zugesetzt. Von der Aufhebung der Sperre, die möglichst bald herbeigeführt wird, wird die Öffentlichkeit rechtzeitig Kenntnis erhalten.

### Tageschronik.

\* **Riesige Menschenandränge** haben in diesen Tagen Spanien und das französische Rhônegebiet heimgesucht. In Frankreich sind 20 Ortschaften, darunter Ales, Miramont und Arles, auf das schwerste geschädigt. Alle landwirtschaftliche Arbeit wurde zum Stillstand gebracht, und die Bevölkerung hat eine dringende Bitte an die Regierung gerichtet, Truppen zu senden, die sie in ihren Wohnungen gegen diese Plage unterstützen. Ein Zugplatz in der Nähe von Ales war von einem Menschenstrom so vollkommen bedeckt, daß alle Männer, auch die Offiziere, auf das angestrengtesten arbeiten mußten, um den Platz von den Unmengen von Menschen zu säubern. Die Menschen zerstreuten alles, was auf den Feldern bereits herangewachsen ist, und die Behördnen senden große Mengen giftiger Gas in die betroffenen Gebiete, um diese Pest auszurotten. In Spanien ist die Menschenandrangplage so groß, daß ein Zug zwischen Saragossa und Ceuton nicht weiterfahren konnte, weil sich auf dem Schienenweg ein Menschenstrom niedergelassen hatte und die Schienen so glitschig geworden waren, daß die Männer nicht von der Stelle kamen. In ähnlicher Weise sind auch schon Züge in Ägypten, Palästina, Italien und anderwärts durch Menschenandränge zum Stillstand gezwungen worden.

### Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramm vom 23. Mai 7 Uhr früh.

Station	650	Temp. gestern		Beobachtungen heute früh 7 Uhr	
		Min.	Max.	Regen	Wind
Leipzig	230	7,5	20,5	.	12,2
Bautzen	202	-	-	-	-
Städterbach	220	4,2	22,0	.	11,4
Zittau	245	7,7	19,3	.	18,6
W					

## Amtlicher Teil.

Dem Sächsischen Konsul in Leipzig, Edwin Galischer, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. 1698 94 d III B Dresden, 19. Mai 1921. Wirtschaftsministerium.

Auf Grund der §§ 9 und 13 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (RGBl. S. 498) wird zur Ausführung dieser Verordnung und zur Regelung der Milchversorgung in der Übergangszeit mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt:

(Zu §§ 3, 4 der Reichsverordnung.) Die Kommunalverbände haben angeordnet, daß der Handel mit Milch in ihrem Bezirk von einer besonderen Erlaubnis abhängig ist und daß die erteilte Erlaubnis aus wichtigsten Gründen zurückgezogen werden kann. Die Erlaubnis wird nur auf Antrag erteilt, der an den Kommunalverband des Verkaufsortes zu richten ist. Den Inhabern bereits bestehender Milchhandelsgeschäfte kann diese Erlaubnis allgemein erteilt werden.

Soweit der Vollmilchbedarf der Gesamtbewohlung nicht ausreichend gedeckt ist, haben die Kommunalverbände geeignete Anordnungen zu treffen, daß der Vollmilchbedarf der besonders milchbedürftigen Personengruppe vorweg befriedigt wird, bevor an andere Personen Vollmilch abgegeben werden darf. Dabei dürfen je Tag und Tag höchstens vier Kinder im 1. u. 2. Lebensjahr und stillende Frauen 1 Lit. Vollmilch.

• Mutter auf Grund amtlicher Bescheinigung bis zu . . .	1	.	.
• Kinder im 3. u. 4. Lebensjahr und Schwangere in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung . . .	1	.	.
• Kinder im 5.—12. Lebensjahr und Personen über 65 Jahre . . .	½	.	.
Um überzeugt hat sich die Art der Anordnungen (Milchabgabe gegen Karton oder auf Kundenliste, Vorweglieferung bis zu bestimmten Tagesstunden und ähnlichem) nach den örtlichen Verhältnissen zu richten.			

Die Kommunalverbände können den Erlass dieser Anordnungen den Gemeinden übertragen.

### II.

Am Stelle des § 5 der Reichsverordnung vom 30. April 1921 treten folgende Bestimmungen:

Ruhhaltende Betriebe, Molkereien, Gemeinden und Personengemeinschaften, die bisher gewonnene oder gesammelte Vollmilch zur Fleischmilchversorgung gliedert haben, haben bis auf weiteres eine ihrer bisherigen Lieferung entsprechende Vollmilchmenge zu einem der Markttagen entsprechenden Preise nach dem bisherigen Absatz an zugelassene Wiederverkäufer (Molkerei, Händler) oder bezugsberechtigte Verbraucher zu liefern, soweit die Vollmilch nicht für den Eigenbedarf der Milchlieferanten benötigt wird. Dies gilt auch für Lieferungen aus Sachsen nach einem Nachbarlande. Als bisheriger Empfangsort gilt der Ort, an den die leichten Lieferungen im März 1921 erfolgt sind.

Wer dieser Lieferungsverpflichtung nicht nachkommt, kann hierzu durch die Behörde angehalten werden. Zuständig zum Erlass der erforderlichen Anordnungen ist, wenn die liefernde und empfangende Stelle in dem gleichen Kommunalverband liegen, dieser; liegen die liefernde und empfangende Stelle in verschiedenen Kommunalverbänden desselben Regierungsbezirks, so ist die Kreishauptmannschaft als nächste übergeordnete Verteilungsstelle und wenn verschiedene Regierungsbezirke in Frage kommen, die Landesbehörde zuständig. Soll die Lieferung nach einem anderen Lande erfolgen, so steht die Entscheidung der Reichsbehörde für Speisefette zu.

Jur Halle des Absatz 2 bestimmt die anordnende Stelle, an wen zu liefern ist, setzt die Lieferungsbedingungen fest und entscheidet über Streitigkeiten, die sich aus der Lieferung ergeben. Der Preis für die Milch wird nach der Marktage von einem Schiedsgericht von 3 Mitgliedern bestimmt; die liefernde und empfangende Stelle erneut je 1 Mitglied, der Obmann wird durch die anordnende Stelle ernannt. Bis zur Bestimmung des Preises durch das Schiedsgericht wird der zu entrichtende Preis von der anordnenden Stelle festgesetzt. Die liefernde und empfangende Stelle können auf die Preisbestimmung durch das Schiedsgericht verzichten.

Die anordnende Stelle kann die zur Durchführung ihrer Anordnungen erforderlichen Maßnahmen treffen, insbesondere auch verlangen, daß sie die bisher bei der Milchlieferung benannten Molkerei- und sonstigen Einrichtungen und Geräte (Kühleinrichtungen, Gefüße, Beförderungsmittel u. dergl.) von dem Besitzer gegen eine angemessene Vergütung zur Verfügung geholt werden. Die Vergütung ist von demjenigen zu zahlen, zu dessen Gunsten die Anordnung erfolgt. Über ihre Höhe entscheidet in Streitfällen die Kreishauptmannschaft endgültig.

III. (Zu § 6 der Reichsverordnung.) Die Verarbeitung von Vollmilch zu Käse mit mehr als 20 % Fettgehalt in der Trockenmasse ist verboten. Die Landesbehörde kann Ausnahmen bewilligen.

IV. (Zu § 9 der Reichsverordnung.) Die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Anordnungen können durch deren Vorstände erfolgen. 770 VLAVI

Über Beschwerden gegen Verfügungen nach § 11 Absatz 1 der Reichsverordnung vom 30. April 1921 entscheidet die Kreishauptmannschaft endgültig. Dresden, den 23. Mai 1921. 1701 Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ab werden aufgehoben:

1. die Verordnung über Milchhöchstpreise vom 28. Februar 1921;
2. die Verordnung über Herstellerpreise für Butter, Quark, Molkencreme, Quark- und Käseröste vom gleichen Tage, beide abgedruckt in Nr. 50 der Sächs. Staatszeitung vom 2. März 1921;
3. die Verordnung über die Gewirtschaftung von Milch und Milchprodukten vom 11. September 1918, abgedruckt in Nr. 216 der Sächs. Staatszeitung vom 16. September 1918;
4. die §§ 3 und 4 der Verordnung betr. Abänderung der über den Verbrauch und Verkauf mit Rogermilch, Quark und Käse erlaubten Bestimmungen vom 19. Juli 1920, abgedruckt in Nr. 164 der Sächs. Staatszeitung vom 20. Juli 1920;
5. die Verordnung über den Verkehr mit Biegenmilch und Biegenköse vom 29. Januar 1919, abgedruckt in Nr. 25 der Sächs. Staatszeitung vom 31. Januar 1919. 1702 Dresden, den 23. Mai 1921. 771 VLAVI

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670

Die Sohung des Stromversorgungsverbandes Wanzenberg (Erzg.) vom 10. Mai 1920 ist von der Kreishauptmannschaft im Namen des Ministeriums des Innern genehmigt worden. Der Verband bewirkt die Wahrung der Interessen der in ihm vereinigten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Versorgung mit elektrischem Strom. Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die unterzeichnete Kreishauptmannschaft. 1699 238 d II Chemnitz, 17. Mai 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Herr Kreishauptmann Lange in Leipzig ist vom 23. Mai bis 1. Juli beurlaubt und wird vom Herrn Geh. Regierungsrat Schenck v. Dett vertreten. 1591 a 1670





**Bom Sandtage.**

Die nächste Sitzung des Bundestages findet morgen, Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 1 Uhr statt.

Tagesordnung: 1. Zweite Beratung der Vorlage 36, die Trennung des Kirch- und Schuldienstes der Volkschuleiter betreffend. 2. Antrag des Abg. Bauer (Deutschland) und Gen. auf Einschaltung eines Untersuchungsausschusses. 3. Antrag des Abg. Voigt (D. Bp.), Wahlbauer der vom Kultusministerium angeordneten Elternräte betreffend. 4. Anfrage des Abg. Grellmann (Deutschland), Steuerung der drohenden Arbeitslosigkeit in der sächsischen Granitsteinindustrie. 5. Anfrage des Abg. Wehrmann (D. Bp.) und Gen. Durchführung des Reichssiedlergesetzes betreffend. 6. Anfrage des Abg. Preßsch (Deutschland), Bezirksgericht in Kamenz betreffend.

**Sport.****Radrennen zu Dresden.**

Rosellen hatte gestern seinen großen Tag auf der Reiter-Radrennbahn. Er konnte sowohl im Bruno-Demle-Erinnerungsfahren als im Weltmeister-Rohr-Gedächtnisfahren den Sieg an sich reißen. In dem ersten verlor Lewanow, der bis kurz vor Schluss geführt hatte, den Anschluss an seinen Schrittmacher, und Rosellen gewann dadurch mit einem kleinen Vorsprung. Im Weltmeister-Rohr-Gedächtnisfahren brachen die Fahrer in der Reihenfolge Weiß, Rosellen, Lewanow, Saldow und Wittig auf. Der leichtere setzte sich noch den ersten 20 km an die Spitze. Dicht hinter ihm folgte Lewanow, der aber den zweiten Platz später an Rosellen abtreten mußte. Letzter erlitt Wittig in den 38. Stunde einen Radbruch. Auch Saldow, Weiß und Lewanow hatten mit Rad- und Motorschäden zu kämpfen, sodass Rosellen seinen Sieg sicher bekräftigte. Die Siegerrennen waren gut besetzt. Im Hornemann-Preis gewann Reinas (Berlin) vor 20 Mitbewerbern. Das Paul Albert-Erinnerungsfahren, das in zwei Vorläufen, einem Hoffmungslauf und einem Endlauf bestand, wurde von dem Dresdner Berger vor Rauth gewonnen. Im Entschädigungsfahren für die leer ausgegangenen Fahrer war Berger (Leipzig) siegreich. Reinas war auch im Emanuel-Kudela-Erinnerungsfahren, an dem sich ebenfalls 21 Fahrer beteiligten, siegreich. Acht Zweifahrer beworben sich um den Hornemann-Milad-Preis. Als erstes Paar fuhren Reinas (Berlin) und Schulz (Berlin) durch das Band. Der Beifang der Rennens war wieder sehr gut. Die einzelnen Ergebnisse sind folgende:

**Hornemann-Preis**, Prämienfahren über 3000 m (6 Runden) für Berufsfahrer-Piloten, 5 Rundenprämien zu je 40 M. Schulz: 500, 400, 300, 250 M. 1. Reinas (Berlin) in 4 Min. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Kirbach-Leipzig, 3. Schülmich, Dresden, 4. Heuer-Leipzig.

An der hiesigen Volksschule ist eine

**ständige Lehrerstelle**

möglichst sofort zu besetzen. Begau ist vorläufig in Ortsklasse C eingeteilt worden. Mit der Stelle war bisher das Organisationsamt, das jährlich 900 M. eingebracht hat, verbunden.

Seignets Bewerber wollen ihre Gesuche mit Unterlagen bis 5. Juni anhören einreichen.

Begau, am 7. Mai 1921. Der Stadtrat.

**Kassenhilfen,**

im Büroverfahrt ausgebildet. Gruppe V der Bevölkerungsordnung, nicht zu baldigem Amttritt [1549] Girokasse Leipzig, Neumarkt 35.

**Der Sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes**

ladt seine Mitglieder zur Jahrestagung in Pirna am 4. und 5. Juni 1921 hierdurch ein. Sonnabend, 4. Juni, 8 Uhr: Evangelischer Volksabend, Sonntag, 5. Juni, vorm. 9 Uhr: Gottesdienst in den Haupt- und Hospitalkirche, 3 Uhr geschlossen. Abgeordnetenversammlung, abends 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums öffentliche Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Eröffnungsansprache. 2. Vortrag d. Herrn Universitätsprof. Dr. Paul Leipzig: Die Eigenart der deutsch-evang. Mission. 3. Erstattung des Jahresberichtes. 4. Aussprache über denselben. — Leipzig, 22. Mai 1921. 1697 Pfarrer Dr. Fleischer, Vor.

**Gewerkschaft Bildermann & Dr.**  
zu Johanneumsgärt.

Die diesjährige Gewerkschaftstagung wird Montag, den 20. Mai, nachm. 5 Uhr, im Restaurant "Al-Aue" zu Rue i. Erzgeb., Ernst-Papststr. 17, abgehalten werden. Die geehrten Gewerken werden zur Teilnahme eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlusshaltung über den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht und Rücksichtserklärung der Regierung auf 1920.
2. Erhöhung des Rücklagefonds für den Tieftbau.
3. Mittelung über den Stand des Grubenbetriebes.
4. Ergänzung des § 16 der Gewerkschaftsordnung.
5. Vereinigung mit den Gewerkschaften Freie Gewerkschaft.

1696 Schneeberg-Reußtal, den 4. Mai 1921.  
Der Gewerkschaftsrat. Bergrat Dr. Schulze.

**Wasserstände der Elbe und Moldau.**

Schweiz-Moskau-Umrundung Weltwettbewerb Dresden: 22. Mai — 22 — 58 — 13 fehl + 56 — 23 — 171  
23. Mai — 26 — 56 — 12 + 38 + 55 — 33 — 174  
Wärme der Elbe 21 Grad C.

**Emanuel-Kudela-Erinnerungsfahren** über 2000 m (4 Runden). Vergabefahrten für Berufsfahrer-Piloten, 600, 500, 400, 300 M. 1. Reinas-Berlin, in 2 Min. 31<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Schulz-Berlin, 3. Högl - Charlottenburg, 4. Michaelis-Magdeburg.

**Bruno-Demle-Erinnerungsfahren**, Dauerfahrten mit Motorschiffen für Steher (Berufsfahrer) über 30 km für Extra- und A-Masse. 3000, 2500, 2000, 1500, 1000 M. 1. Rosellen-Dresden, in 24 Min. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Lewanow-Berlin, 29,950 km, 3. Saldow-Berlin, 29,750 km, 4. Wittig-Berlin, 29,650 km, 5. Weiß-Groß-Anheim, 24,625 km.

**Heimann-Milad-Preis**, Rennfahrten über 3000 m für Berufsfahrer-Piloten. 700, 600, 500, 400 M. 1. Reinas-Schule in 4 Min. 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Kirbach-Kirchen, 3. Schröder-Münzen, 4. Rudel-Schmid.

**Paul Albert-Erinnerungsfahren** über 2000 m für Amateure. 400, 300, 200, 100 M.

1. Weiß-Berlin, in 4 Min. 45<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Rauth-Dresden, 3. Hahn-Leipzig, 4. Fuchs-Leipzig.

**Albert Küper-Preis**, Entschädigungsfahren über 1500 m für die leer ausgegangenen Fahrer.

200, 150, 100 M. 1. Berger-Leipzig in 2 Min. 26<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Heinrichs-Magdeburg, 3. Vinzelberg-Berlin.

**Weltmeister-Rohr-Gedächtnisfahren**, Dauerfahrten mit Motorschiffen für Steher (Berufsfahrer) über eine Stunde für Extra- und A-Masse. 9000, 8000, 7000, 6000, 5000 M.

1. Rosellen-Dresden, 75,100 km in 60 Min., 2. Wittig 350 m zurück, 3. Lewanow 5,080 km, 4. Weiß 21,150 km zurück, 5. Saldow 27,750 km zurück.

**Die deutsche Fußballmeisterschaft.**

Der Endkampf um die deutsche Fußballmeisterschaft nahm gestern seinen Anfang mit drei Spielen und zwar Wester-Halle als mittelfränkischer Meister gegen Sportfreunde-Breslau als südostdeutscher Meister in Breslau, Duisburger Sportverein (westdeutscher Meister) gegen Hamburger Sportverein (norddeutscher Meister) in Duisburg, und Vorwärts-Berlin (Westdeutscher Meister) gegen Stettiner S. C. als baltischer Meister. Das letztere Spiel brachte in Stettin den sicheren Sieg der Berliner. Es zieht Vorwärts-Berlin gegen den Stettiner S. C. mit 2:1 (Halbzeit 0:1). Das Spiel zwischen Wester-Halle gegen Sportfreunde-Breslau stand in Breslau still. Südwürttemberg hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Man sah dem Spiele deshalb mit großer Spannung entgegen. Das Spiel wurde zugunsten von Wester leicht mit 2:1 (Halbzeit 1:0) entschieden. Bei dem Duisburger Spiel ging zwar dem Hamburger Sportverein, in dem Harder die Stütze der Mannschaft ist, ein besserer Auf voran, aber der Duisburger Sportverein ist bekanntlich ein äußerst jähres und entschlossener Gegner. Es gelang dem Duisburger Sportverein nach Spielverlängerung in Duisburg mit 2:1 zu schlagen. Die Zwischenrunde bestreitet Vorwärts-

Berlin, Wester-Halle, Duisburger Sportverein und bei in der Vorunde gewesene Süddeutsche Meister und Verteidiger L. FC. Röthenbach.

**Fußball.**

Im Fußball-Stadtewettcampf München-Berlin konnte am Sonntag die Berliner Mannschaft in München gegen die dortige Städtemannschaft ein unerwartetes glückliches Ergebnis erreichen. Das Spiel endete mit 1:1 unentschieden. Bei Halbzeit hatte München mit 1:0 geführt. Das Spiel litt sehr unter dem harten Boden.

In Dresden wurde im Vorschlusswettcampf um den Pokal 1921 S. B. Brandenburgs vom Dresdenner Sportclub mit 3:1 besiegt. Bei DSC benetzte man im Sturm zwei neue Deutsche, den Memmener Weber und als Nebenmann Ramst, die vor allem dem Angriff mehrch. Geschicklichkeit verliehen. Das erste Tor des Spiels errang DSC nach 20 Minuten durch Schimpel. Brandenburg glich durch Eindeutige noch weiteren 12 Minuten aus. Pause 1:1. Durch Weber gelangte DSC mit 2:1 in Führung. Das dritte Tor erzielte Schimpel.

Im Gesellschaftsspiel spielte in Nachtzug-Sportverein 06 gegen Dresdner Spielvereinigung mit 1:0.

Am Sonntag spielte im Ohrdragerhege Dresdenner Sportclub gegen Halleischen Fußballklub 1896 mit 3:2. Das bestreute und geschlossene Spiel wurde von den Hallenser vorgeführt, welche die DSC-Verteidigung vor schwere Aufgaben stellten.

Am nächsten Sonntag findet auf dem Guis-Wutz-Platz an der Postenbauerstraße das Rückspiel der Städtemannschaft Dresden gegen die Städtemannschaft von Kassel statt. Die Dresdenner Städtemannschaft lautet wie folgt: Kümmel (Brandenburg) im Tor, Gerster (Guts Witz) und Marx (Dresdner Sportclub) als Verteidiger, Wöhner (Sportverein 06), Johny (Fußballring) und Schmidly (Sportverein 06) als Lauf, Hochbaum (Fußballring), Göriner (Dresdner Sportclub), Schlechte (Fußballring), Engelmöhr (Sportverein 06) und Glindner (Fußballring) als Stürmer.

**Wasser sport.**

\* Der Verein Faltbootfahrer Dresden unternahm am Sonntag vormittag bei strahlendem Sonnenschein im Billnitz sein Knappadeln. Nicht weniger als 12 der leicht zusammenlegbaren und doch recht leistungsfähigen Fahrzeuge, darunter ein Bierfänger, machten sich auf die Fahrt und boten in ihrer Gesamtheit einen prächtigen Anblick. Ausnehmend ist die Verwendbarkeit des Faltboots noch nicht allgemein bekannt. Ein besonderer Vorteil ist die Möglichkeit, Bändern und Rubern leicht zu verbinden; denn das zusammengelegte Fahrzeug kann bequem in einem Rucksack transportiert werden. Die Fahrt am Sonntag erforderte zunächst bis Dresden-Reußtall, wo an der Brückengasse Löwenstraße eine Mittagspause gehalten wurde. Dann ging es durch die Stadt bis zur Marienbrücke, von wo aus eine Fußfahrt begann, die an der Görlitzer Windmühle endete. Während der ganzen Fahrt, besonders von den

büchsenbepflanzten Uferwällen und von den Bäumen aus erzeugte die Faltbootflotte allgemeine Aufmerksamkeit.

**Volkswirtschaftliches.**

— Abgeleiste 1½ pros. Volksüber-Geldschulden von den Jahren 1882 und 1891, die vom 31. Dezember ab zahlbar sind, werden in der heutigen Nummer unseres Blattes bekanntgemacht.

**Bücherbesprechungen.**

\* Die „Zeitschrift für Musik“ des Steinberger-Verlags in Leipzig führt als führende Vertreter der geistigen und wirtschaftlichen Interessen aller der Musik dienenden Kreise fort, sich als Hälterin des Erbes zu erweisen, das sie als Nachfolgerin der von Robert Schumann gegründeten „Neuen Zeitschrift für Musik“ übernommen. Gleich der Leitartikel des neuen, zweiten Maßstabs, in dem Dr. Göhler Stellung nimmt in dem für alle „eigenlichen Kulturarbeiter“ so wichtigen Kampf um die sogenannte „Kulturgabe“ festellt sehr.

Am Sonntag spielte im Ohrdragerhege Dresdenner Sportclub gegen Halleischen Fußballklub 1896 mit 3:2. Das bestreute und geschlossene Spiel wurde von den Hallenser vorgeführt, welche die DSC-Verteidigung vor schwere Aufgaben stellten.

Am nächsten Sonntag findet auf dem Guis-Wutz-Platz an der Postenbauerstraße das Rückspiel der Städtemannschaft Dresden gegen die Städtemannschaft von Kassel statt. Die Dresdenner Städtemannschaft lautet wie folgt: Kümmel (Brandenburg) im Tor, Gerster (Guts Witz) und Marx (Dresdner Sportclub) als Verteidiger, Wöhner (Sportverein 06), Johny (Fußballring) und Schmidly (Sportverein 06) als Lauf, Hochbaum (Fußballring), Göriner (Dresdner Sportclub), Schlechte (Fußballring), Engelmöhr (Sportverein 06) und Glindner (Fußballring) als Stürmer.

Wasser sport.

\* Der Verein Faltbootfahrer Dresden unternahm am Sonntag vormittag bei strahlendem Sonnenschein im Billnitz sein Knappadeln. Nicht weniger als 12 der leicht zusammenlegbaren und doch recht leistungsfähigen Fahrzeuge, darunter ein Bierfänger, machten sich auf die Fahrt und boten in ihrer Gesamtheit einen prächtigen Anblick. Ausnehmend ist die Verwendbarkeit des Faltboots noch nicht allgemein bekannt. Ein besonderer Vorteil ist die Möglichkeit, Bändern und Rubern leicht zu verbinden; denn das zusammengelegte Fahrzeug kann bequem in einem Rucksack transportiert werden. Die Fahrt am Sonntag erforderte zunächst bis Dresden-Reußtall, wo an der Brückengasse Löwenstraße eine Mittagspause gehalten wurde. Dann ging es durch die Stadt bis zur Marienbrücke, von wo aus eine Fußfahrt begann, die an der Görlitzer Windmühle endete. Während der ganzen Fahrt, besonders von den

Gußwasser und Orgeln, die vielen kleinen, aber tüchtigen Dirigenten, für alle die treiflichen Solisten, die nicht Sterne erster Größe sind, für Orchestermitglieder, für Musiziehende und Musizierstellen". Edwin Janesch-Prog sagt seine Aufführung: „Mettel umste Haandmust“ fort. Geistiges erfüllt man über Richard Wagner und seinen Beziehungen zur „Neuen Zeitschrift für Musik“, vor allem zu seinem tapferen Kämpfer Franz Brendel aus einem Auszug aus dem wertvollen Werk, Walter Lange's „Richard Wagner und seine Vaterstadt Leipzig“ (C. F. W. Siegels Musikalienhandlung, R. Winnemann, Leipzig, 1921). Rügel gibt nützliche Anregungen zur Pflege der Geige. Johann Lewalter beleuchtet Spohls Verhältnis zu Beethoven (mit interessantem Bildschmied) u. a. m. Den Schluss bilden die beliebten Musikbriefe und die Rundschau über Oper und Konzerte.

D. G.

**Sächsische Staatszeitung**  
Einzelne Nummern 20 Pf.

in Dresden-N. in der Geschäftsstelle Große Zwingerstraße 16,  
beim Bahnhofsbuchhändler im Hauptbahnhof, Brüderstraße 44 und Friedrichstraße 6 (Gehrhäuschen).

**Garnituurnachrichten.**

Verlobt: Dr. Albert Weidenhammer mit Hel. Marianne Seibel in Dresden; Dr. Hans Gedob in Dresden mit Hel. Grete Brindmann in Berlin; Dr. Reichenwald Georg Lenzen in Berlin mit Hel. Elinor Hirschberg in Dresden; Dr. Curt Treptow, Drogist in Berlin mit Hel. Else Schmidt in Dresden-Böhla; Dr. Wilhelm Deyer, Landwirt in Dresden-N. mit Hel. Hildegard Seizing in Moys-Görlitz; Dr. Hans Lange, Pothekar in Dresden mit Hel. Lise Reumann in Daimenwalde i. Sa.; Dr. Kaufmann Erich Steinbach mit Hel. Wilhelmine Haubold in Dresden; Dr. Alexander Helbig, Feuerwehr-Oberfeuerwehrmann a. D. mit Hel. Dora Winckler in Dresden; Dr. Inspector Walther Heinrich in Mohsche-Dr. mit Hel. Hanna Heier in Leipzig — Vermählt: Dr. Hans Bartusch, Beamter i. d. Nachrichten-Abteilung 4 mit Hel. Hildegard Siedert in Dresden; Dr. Ludwig Bachof mit Hel. Elisabeth Seizing in Dresden. — Hochzeit: Dr. Friedrich Otto Quasch, Motorenmechaniker und Handelsbetr. (49 J.) in Dresden-Löbtau; Hel. Helene Doe (69 J.) in Dresden; Dr. Koblenz-Bader Kurt Kunert (28 J.) in Dresden-Schlesien; Frau Martha Bader geb. Stiel (57 J.) in Dresden; Frau Helene Helena Krämer in Dresden; Dr. jur. Otto Schiller (53 J.) in Leipzig; Dr. Prof. Dr. jur. Wolfgang Stinking (65 J.) in Leipzig.

Meine Verlobung mit Fräulein Lore mit dem Major a. D. Herrn Walter Stresemann ehren sich anzusehen

**Kommerzienrat****Heinrich Ritter v. Hochstetter****und Frau Irma geb. Wolf.**

Konstanz (Baden)

im Mai 1921

z. Zt. Wildbad (Württbg.). Badhotel.

1692

Nach schwerem Unglücksfall verschied in Baden-Baden am 20. Mai unerwartet am Herzschlag unsere geliebte Schwester und Schwägerin

**Elisabeth Freifrau von Crailsheim-Rügland**

geb. von Baensch

Hofmarschallwitwe.

In tiefer Trauer

Henry von Baensch, Geheimer Kommerzienrat

William von Baensch, Geheimer Hofrat